

## **Verfassungsauftrag vollenden!**

Ein Beitrag zur Umsetzung des Verfassungsauftrags  
nach Artikel 140 GG i. V. mit Artikel 138, 1 WRV

---

### **Staatsleistungen an die Kirchen**

## **V. Rückerstattungswerte**

von  
Carsten Frerk

1. Rückerstattungsansprüche	4
2. Sonderstellung der Konkordate	4
3. Rechtscharakter des Reichskonkordats	4
4. Heutige Geldwerte	6
5. Berechnung nach Diskontsatz / Basiszins	6
6. Berechnung nach Kaufkraft	7
7. Nominalzahlungen und Rückerstattungswerte der einzelnen Bundesländer	8
8. Gesamt Staatsleistungen in Bayern seit 1949	9

Berlin  
Stand: 16. April 2011

## Tabellen:

1. Staatsleistungen (Nominalwerte) aller Bundesländer und heutige Werte nach Verzinsung mit Basiszins bzw. Kaufkraft ohne Verzinsung	6
2 . Gezahlte Staatsleistungen / Rückerstattungswerte in Euro	7
3. Freistaat Bayern: Gesamte Staatsleistungen (Bischöfe, Domkapitel, Personalzuschüsse, Emeriten plus Baupflichtleistungen), 1949 – 2010	9

## Anhang I

### Staatsleistungen in den Bundesländern und Rückerstattungswerte

4. Baden-Württemberg: Staatsleistungen 1950 - 2010	11
5. Bayern: Staatsleistungen 1949 - 2010	12
6. Berlin: Staatsleistungen 1949 - 2010	13
7. Brandenburg: Staatsleistungen 1993 - 2010	14
8. Hessen: Staatsleistungen 1949 - 2010	15
9. Mecklenburg-Vorpommern: Staatsleistungen 1992 - 2010	16
10. Niedersachsen: Staatsleistungen 1949 - 2010	17
11. Nordrhein-Westfalen: Staatsleistungen 1949 - 2010	18
12. Rheinland-Pfalz: Staatsleistungen 1949 - 2010	19
13. Saarland: Staatsleistungen 1960 - 2010	20
14. Sachsen: Staatsleistungen 1993 - 2010	21
15. Sachsen-Anhalt: Staatsleistungen 1991 - 2010	21
16. Schleswig-Holstein: Staatsleistungen 1949 - 2010	22
17. Thüringen: Staatsleistungen 1991 - 2010	23

## Anhang II

### Notker Bakker:

Entwurf eines Rahmengesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen (2003)	24
---	----

## Danksagung

## Grundsätze

1. Mit Artikel 137 Absatz 1 der Verfassung vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung–WRV) wurde die Staatskirche aufgehoben. Der Zweck des Artikels 138 Absatz 1 WRV (Ablösung der Staatsleistungen) war neben der institutionellen Trennung die vollständige auch finanzielle Trennung von Staat und Kirche.
2. Die weitere Zahlung der Staatsleistungen gemäß Artikel 138 Absatz 1 WRV nach 1919 sollte nur eine Übergangsregelung sein, wie sie sich aus Artikel 173 WRV ergibt.
3. Der Ablösungsauftrag der Verfassung (Art. 140 GG und Art. 138 Absatz 1 WRV) ist ein Verfassungsbefehl und unterliegt nur in engen zeitlichen Grenzen der politischen Opportunität.
4. Die Ablösung der Staatsleistungen kann verfassungsrechtlich nicht vom Einvernehmen des Heiligen Stuhls abhängig gemacht werden (Art. 18 Reichskonkordat von 1933).
5. Die übergangsweise Zahlung von Staatsleistungen ist nur eine begrenzte Anzahl von Jahren zulässig; mit der vollständigen Einführung und Umsetzung der Kirchensteuer war diese Übergangsregelung beendet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten die Länder nach Maßgabe eines vom Reich bzw. später vom Bund zu erlassenden Grundsatzgesetzes die Ablösung der Staatsleistungen bewirken müssen.
6. Seit dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung im Jahre 1919 sind finanzielle Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche, die eine Neubegründung von institutionellen Staatsleistungen zum Inhalt haben (Konkordate, Kirchenverträge), verfassungsrechtlich unzulässig. Dasselbe gilt von landesrechtlichen Garantien der Staatsleistungen in Landesverfassungen und –gesetzen.
7. Die Ablösung der Staatsleistungen nach Art. 138 Absatz 1 WRV hat bereits stattgefunden, und zwar durch kontinuierliche Zahlung der betroffenen Länder (alle Länder außer Bremen und Hamburg) Jahrzehnte über die Übergangsfrist hinaus. Weitere Zahlungen der Länder an die Kirchen würden gegen das Trennungsgebot und gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Der Bund und die betroffenen Länder sollten dies alsbald im Wege der Ablösungsgesetzgebung klarstellen.

Die Zahlungen haben allein im Zeitraum seit Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahre 1949 ein Gesamtvolumen von rd. 14 Mrd. Euro erreicht; das ist ein Mehrfaches dessen, was als Ablösungsschädigung bei rechtzeitiger Umsetzung des Verfassungsauftrages des Jahres 1919 hätte geleistet werden müssen. Der Umfang der Zahlungen übersteigt sogar den von den Kirchen selbst als Entschädigung für eine heutige Ablösung der Staatsleistungen verlangten Kapitalstock (das 24fache der jetzigen jährlichen Zahlungen).

Anmerkung: Neben der Zahlung der positiven Staatsleistungen, wie dargestellt, haben vielerorts die öffentlichen Hände (Länder und Gemeinden) zugunsten der Kirchen in großem Umfang Baukosten für Kirchengebäude und sonstige kircheneigene Gebäude erfüllt; dabei handelt es sich jedenfalls teilweise ebenfalls um Staatsleistungen nach Art. 138 Absatz 1 WRV. Bei der Berechnung des Werts der gezahlten Staatsleistungen noch nicht berücksichtigt sind ferner die seit 90 Jahren gewährten Abgabenbefreiungen der Kirchen, die als negative Staatsleistungen zum Teil ebenfalls dem Ablösungsauftrag von 1919 unterlagen.

## V. Rückerstattungswerte

### 1. Rückerstattungsansprüche

Sollten die Kirchen bei ihren Forderungen nach einer einmaligen Ablösesumme im 24-fachen Wert der zuletzt gezahlten Beträge bleiben wollen, wären eine ganze Reihe von juristischen und religionsverfassungsrechtlichen Fragen zu klären, die bisher nicht thematisiert wurden. Sei es, weil sie diffizil sind, sei es, dass sie bisher nicht in die ‚politische Landschaft‘ passten.

So ist u. a. hinsichtlich der Tatsache, dass die beiden Kirchen diese Staatsleistungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (1949) bekommen und genommen haben, obwohl

- (1) die Übergangslösung des Art. 138,1 WRV mittlerweile erloschen war und
- (2) verfassungswidrig eine vorsäkulare Begründung dafür angeführt wurde, noch weitere juristische und religionsverfassungsrechtliche Aspekte zu prüfen. Wurden sie
- (3) dem ursprünglichen Zweck der Staatsleistung folgend, seit der Einführung der allgemeinen Kirchensteuern, zu viel geleistet oder
- (4) stand ihnen keine entsprechende Leistung der Religionsgesellschaft gegenüber? Dann müssten gegebenenfalls diese Geldbeträge - nach Maßgabe der Nichtigkeit öffentlicher Verträge -, sofern die jeweiligen Bundesländer es wünschen, zurückerstattet werden.

Ebenso könnte

- (5) die in den meisten Bundesländern erfolgte Pauschalierung unterschiedlicher Zahlungen sie zu institutionellen Förderungen ohne Zweckbindung gewandelt haben, die ebenfalls zwischen Staat und Kirche finanzverfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Sie wären dann – in der Anspruchslogik der Kirchen: nach heutigem Geldwert – ebenfalls von den Kirchen an die jeweiligen Bundesländer zurückzuerstatten.

In der Frage, ob die Religionsgesellschaften ein Interesse daran haben könnten, die Frage der Ablösung der Staatsleistungen baldmöglichst gesetzlich zu klären, sprechen die über die Jahre entstandenen Rückerstattungswerte zugunsten der Bundesländer, eine klare Sprache: Je länger die Kirchen sich einer gesetzlichen Regelung verweigern, desto höher steigen die zu zahlenden Summen an.

Für die Bundesländer ist es eher eine Art Sparkasse, für die Kirchen eine sich Jahr um Jahr weiter aufbauende Zahlungsschuld der stetig steigenden Rückerstattungswerte.

### 2. Sonderstellung der Konkordate?

Häufig wird in der Fachliteratur darauf verwiesen, dass zwischen den Staat-Kirche-Verträgen mit den evangelischen Landeskirchen und den Konkordaten mit der katholischen Kirche ein wesentlicher Unterschied bestehe, da die Konkordate völkerrechtlich bindende Verträge seien. Das ist jedoch zu hinterfragen. Wesentliche Bestimmungen auf der Bundesebene sind über das Reichskonkordat 1933 erfolgt, dessen Rechtscharakter nicht so eindeutig ist, wie manches Mal dargestellt.

### 3. Rechtscharakter des Reichskonkordates<sup>1</sup>

Das Bundesverfassungsgericht ging ohne weitere Diskussion davon aus, dass das Reichskonkordat ein internationaler Vertrag sei. Dann müssten eventuelle Kündigungsmöglichkeiten dem internationalen Recht entlehnt werden.

Die Einstufung des Konkordates als „internationaler“ Vertrag rührt letztlich lediglich aus der Rechtsstellung des Vertragsgegenübers des Deutschen Reiches: der „Heilige Stuhl“. Hierbei handelt es sich indes nicht, wie vermutet werden könnte, um den Staat „Vatikan“, sondern um die isolierte Rechtsfähigkeit besitzende oberste Repräsentanz der römisch-katholischen Kirche, also des Papstes, der in Doppelfunktion Inhaber des „Heiligen Stuhls“ wie auch Staatsoberhaupt des „Staates“ Vatikan ist.

Stellt man indes auf den Inhalt des Reichskonkordats ab, dann ist leicht ersichtlich, dass sämtliche Inhalte rein innerstaatliche Angelegenheiten im Verhältnis von katholischer Kirche und deutschem Staat regeln.

Mit gutem Grund vertritt daher eine beachtliche Fraktion in der juristischen Literatur, dass der „Heilige Stuhl“ hier nicht als „internationales“ Völkerrechtssubjekt tätig wurde, sondern als Vertreter für die deutschen Katholiken einen nach deutschem Recht zu behandelnden Vertrag abschloss.

Dann ist aber zu fragen: nach welchem deutschen Recht ist der Vertrag zu behandeln?

Die „herrschende“ juristische Meinung (also die wenigen Autoren, die durch das Schreiben der drei bis vier „führenden“ Kommentare im so genannten Staatskirchenrecht die Meinung „vorschreiben“) hält „Staatskirchenverträge“ für Verträge eigenen Typs (sui generis), die quasi außerhalb der gängigen Regeln des Verwaltungsrechts existierten.

Die vielfältigen Probleme – von der Haushaltshoheit der Parlamente über die fehlende öffentliche Kontrolle von auf dem verwaltungsbürokratisch abgesprochenen Verträgen bis zu verschiedenen Verfassungsproblemen inhaltlicher Natur – werden hierbei beiseite geschoben.

Eine vorzugswürdige Meinung verfolgt daher den juristisch-systematisch klareren Weg und stuft Staatskirchenverträge als öffentlich-rechtliche Verträge ein, eine Rechtsfigur die in vielen Bereichen der Verwaltung ihren Platz findet und im Bundesverwaltungsverfahrensgesetz wie auch in den einzelnen Landesverwaltungsverfahrensgesetzen geregelt ist.<sup>2</sup>

Hiernach wäre also für die Kündigung des Reichskonkordates die §§ 59 und 60 VwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz) maßgebend.

Dann ist oberster Maßstab zur Prüfung der Nichtigkeit von Bestimmungen des Reichskonkordates nach § 59 VwVfG das Grundgesetz und nicht völkerrechtliche Bestimmungen.

Eine vollständige Kündigung des Reichskonkordates käme aus § 60 I 1 VwVfG in Frage: „Haben die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhaltes maßgebend gewesen sind, sich seit Abschluss des Vertrages so wesentlich geändert, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist, so kann diese Vertragspartei eine Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Verhältnisse verlangen oder, sofern eine Anpassung nicht möglich oder einer Vertragspartei nicht zuzumuten ist, den Vertrag kündigen.“

Zu vergleichen wäre hiernach also das Verhältnis der katholischen Kirche zum Deutschen Reich im Jahre 1933 und zur Bundesrepublik im Jahre 2003.“

Der Argumentationsweg noch einmal kurz zusammengefasst:

1. Konkordate sind nicht international, sondern wegen ihres Regelungsinhaltes national.
2. Staatskirchenverträge (incl. Konkordate als Spezialfall wegen der „Internationalitätsfrage“) sind Verwaltungsverträge.
3. Dann gelten die Regeln des Verwaltungsverfahrensgesetzes.
4. Dann sind viele Staats-Kirche-Verträge als nichtig zu betrachten. Entsprechend gelten die Vorschriften des Verwaltungsrechtes bzgl. der Rückerstattung von Leistungen aus nichtigen Verwaltungsverträgen.
5. Insofern sie nicht als nichtig betrachtet werden, können sie nach § 60 I 1 VwVfG jedenfalls gekündigt werden. Die Welt ändert sich nun einmal ...
6. Eine solche Kündigung kann auch konkludent im Rahmen des Erlasses eines „Grundsätze-Ablösegesetz“ erfolgen.
7. Dann sind zumindest alle Leistungen seitens der Länder nach Erlass eines solchen „Grundsätze-Ablösegesetzes“ rückzuerstatten.

#### 4. Heutige Geldwerte

Da die Vertreter der Kirchen bei der Ablösung nach heutigen Zahlungen rechnen, wären – sollten sie diese Forderungen aufrechterhalten -, entsprechend auch die bisher in der Bundesrepublik gezahlten Gelder auf ihren heutigen Geldwert umzurechnen.

Legt man zwei verschiedene Berechnungen zugrunde (Diskontsatz/Basiszins + plus Verzinsung bzw. den Kaufkraftindex), so ergeben sich deutlich höhere Summen, die bisher gezahlt wurden.

#### 5. Berechnung nach Diskontsatz / Basiszins

Der Basiszinssatz ist veränderlich und wird in Deutschland seit dem 1. Januar 2002 von der Deutschen Bundesbank gemäß § 247 BGB berechnet. Im Zivilrecht ist er bedeutsam für die Berechnung von Verzugszinsen nach § 288 BGB sowie für die Verzinsung der Kostenfestsetzung nach § 104 Abs. 1 ZPO und auch für die Notarkosten nach §§ 154a, 157 Abs. 1 der Kostenordnung.

Legt man nun diese geringeren Zinssätze zugrunde (als höhere Zinssätze für beispielsweise Termingelder oder langfristige Anleihen) und geht davon aus, was der Staat gespart hätte, wenn er diese Gelder nicht ausbezahlt, sondern angelegt hätte (was dem entspricht, was die Kirchen eingespart haben, da sie diese staatlich erstatteten Personalkosten ihrer Mitarbeiter nicht aus der Kirchensteuer haben finanzieren müssen) so ergibt sich mit Zinsberechnung bis einschließlich des Jahres 2010 ein Betrag von rund 34 Mrd. Euro, den die beiden Kirchen seit 1949 nach heutigem Geldwert bereits erhalten haben.

Jahr	Staatsleistungen	Verzinsung mit Basiszins				Kaufkraftindex			
		Basiszins	verzinst	VJ-Betrag verzinst	kumuliert	Jahr	Index	Faktor	Betrag
1949	<b>23.308</b>	5,00%	-	-	-	1949	24,2	4,47	104.187
1950	<b>32.966</b>	5,00%	24.473	0	24.473	1950	22,7	4,77	157.248
1951	<b>37.058</b>	4,42%	34.423	25.555	59.978	1951	24,4	4,43	164.167
1952	<b>41.432</b>	4,50%	38.726	62.677	101.403	1952	24,9	4,35	180.229
1953	<b>49.313</b>	6,00%	43.918	107.487	151.405	1953	24,5	4,42	217.963
1954	<b>52.398</b>	5,13%	51.843	159.172	211.015	1954	24,5	4,42	231.599
1955	<b>54.039</b>	3,71%	54.342	218.843	273.185	1955	24,9	4,35	235.070
1956	<b>56.110</b>	3,17%	55.752	281.845	337.597	1956	25,6	4,23	237.345
1957	<b>59.112</b>	3,21%	57.911	348.434	406.345	1957	26,1	4,15	245.315
1958	<b>62.424</b>	4,83%	61.967	425.972	487.939	1958	26,6	4,07	254.066
1959	<b>64.022</b>	4,33%	65.127	509.067	574.194	1959	26,9	4,02	257.368
1960	<b>67.703</b>	3,21%	66.077	592.625	658.702	1960	27,3	3,96	268.104
1961	<b>69.559</b>	3,08%	69.788	678.990	748.779	1961	27,9	3,88	269.889
1962	<b>75.292</b>	4,42%	72.634	781.875	854.508	1962	28,7	3,77	283.851
1963	<b>84.228</b>	3,17%	77.679	881.596	959.275	1963	29,6	3,66	308.274
1964	<b>86.798</b>	3,00%	86.755	988.053	1.074.808	1964	30,3	3,57	309.869
1965	<b>97.610</b>	3,00%	89.402	1.107.052	1.196.454	1965	31,2	3,47	338.707
1966	<b>97.699</b>	3,00%	100.538	1.232.348	1.332.886	1966	32,4	3,34	326.315
1967	<b>104.824</b>	3,71%	101.324	1.382.336	1.483.660	1967	32,9	3,29	344.871
1968	<b>103.920</b>	4,67%	109.719	1.552.947	1.662.666	1968	33,4	3,24	336.701
1969	<b>109.509</b>	3,33%	107.381	1.718.033	1.825.413	1969	34,1	3,17	347.144
1970	<b>122.437</b>	3,00%	112.794	1.880.176	1.992.970	1970	35,2	3,07	375.882
1971	<b>130.612</b>	4,67%	128.155	2.086.042	2.214.197	1971	37,1	2,92	381.387
1972	<b>139.843</b>	6,88%	139.598	2.366.533	2.506.131	1972	39,1	2,77	387.365
1973	<b>150.600</b>	5,08%	146.947	2.633.443	2.780.390	1973	41,9	2,58	388.548
1974	<b>161.906</b>	3,33%	155.615	2.872.977	3.028.592	1974	44,8	2,42	391.813
1975	<b>175.342</b>	6,25%	172.025	3.217.879	3.389.904	1975	47,4	2,28	399.780

1976	<b>185.471</b>	6,83%	187.318	3.621.434	3.808.752	1976	49,5	2,19	406.181
1977	<b>192.352</b>	4,42%	193.669	3.977.099	4.170.768	1977	51,3	2,11	405.863
1978	<b>201.974</b>	3,50%	199.084	4.316.745	4.515.829	1978	52,7	2,05	414.047
1979	<b>213.005</b>	3,46%	208.962	4.672.077	4.881.039	1979	54,8	1,97	419.620
1980	<b>219.807</b>	3,00%	219.395	5.027.470	5.246.865	1980	57,8	1,87	411.039
1981	<b>234.341</b>	4,50%	229.698	5.482.974	5.712.673	1981	61,5	1,76	412.440
1982	<b>247.331</b>	7,25%	251.331	6.126.841	6.378.172	1982	64,7	1,67	413.043
1983	<b>243.258</b>	7,50%	265.881	6.856.535	7.122.416	1983	66,8	1,62	394.078
1984	<b>254.167</b>	6,96%	260.189	7.618.136	7.878.325	1984	68,4	1,58	401.584
1985	<b>255.747</b>	4,17%	264.766	8.206.851	8.471.617	1985	69,9	1,55	396.408
1986	<b>244.868</b>	4,29%	266.719	8.835.049	9.101.768	1986	69,8	1,55	379.545
1987	<b>251.365</b>	4,29%	255.373	9.492.233	9.747.606	1987	70	1,55	389.616
1988	<b>258.796</b>	3,58%	260.364	10.096.571	10.356.934	1988	70,8	1,53	395.958
1989	<b>262.524</b>	2,96%	266.456	10.663.500	10.929.956	1989	72,8	1,49	391.161
1990	<b>268.761</b>	2,96%	270.295	11.253.483	11.523.777	1990	74,8	1,45	389.703
1991	<b>293.920</b>	4,92%	281.984	12.090.747	12.372.731	1991	77,5	1,40	411.488
1992	<b>312.224</b>	6,00%	311.555	13.115.095	13.426.650	1992	80,6	1,34	418.380
1993	<b>353.134</b>	6,92%	333.830	14.355.775	14.689.605	1993	83,5	1,30	459.074
1994	<b>368.811</b>	8,21%	382.126	15.895.621	16.277.747	1994	85,7	1,26	464.702
1995	<b>378.563</b>	6,88%	394.185	17.397.656	17.791.842	1995	87,1	1,24	469.418
1996	<b>385.025</b>	4,77%	396.620	18.640.512	19.037.133	1996	88,3	1,23	473.581
1997	<b>388.460</b>	3,83%	399.771	19.766.255	20.166.026	1997	90	1,20	466.152
1998	<b>395.539</b>	2,63%	398.676	20.696.393	21.095.069	1998	90,9	1,19	470.691
1999	<b>402.670</b>	2,50%	405.427	21.622.446	22.027.874	1999	91,4	1,18	475.151
2000	<b>416.111</b>	2,50%	412.737	22.578.571	22.991.307	2000	92,7	1,17	486.850
2001	<b>423.645</b>	2,13%	424.974	23.481.022	23.905.996	2001	94,5	1,14	482.955
2002	<b>429.086</b>	3,45%	438.261	24.730.753	25.169.014	2002	95,9	1,13	484.867
2003	<b>436.264</b>	4,05%	446.464	26.188.359	26.634.823	2003	96,9	1,12	488.616
2004	<b>432.780</b>	2,52%	447.258	27.306.021	27.753.278	2004	98,5	1,10	476.058
2005	<b>429.996</b>	1,60%	439.704	28.197.331	28.637.035	2005	100	1,08	464.396
2006	<b>431.397</b>	1,14%	434.898	28.963.498	29.398.395	2006	101,6	1,06	457.281
2007	<b>431.528</b>	1,19%	436.531	29.748.236	30.184.767	2007	103,9	1,04	448.789
2008	<b>434.818</b>	1,66%	438.691	30.685.834	31.124.525	2008	106,6	1,02	443.514
2009	<b>443.435</b>	2,95%	447.645	32.042.699	32.490.344	2009	107	1,01	447.869
2010	<b>461.479</b>	3,26%	457.891	33.549.529	<b>34.007.420</b>	2010	108,2	1,00	461.479
Summe	<b>13.892.716</b>								<b>23.014.652</b>
				-					

Quelle: Deutsche Bundesbank / Recherche und Berechnung: Matthias Krause und Carsten Frerk

## 6. Berechnung nach Kaufkraft

Bei allen Indices wird mit verschiedenen veränderlichen Variablen gerechnet und so ergibt der Kaufkraftindex der Deutschen Bundesbank – Logik: Was müsste man heute an Geld bezahlen, um das gleiche Gegenwertvolumen an Waren zu bekommen – einen Grundbetrag von rund 23 Mrd. Euro, den die Kirchen von 1949 bis 2010 ungerechtfertigt erhalten haben. Sofern dieser Betrag verzinst werden würde, ergäbe sich ein deutlich höherer Anspruch der Bundesländer als nur 36 Mrd. Euro aufgrund der Basiszinsberechnung. Die Berechnung weiterer Geldanlagen und Verzinsungen, z. B. höhere Zinssätze für langfristige Anleihen oder Termingelder sollen vorerst außer Acht bleiben. Sie verdeutlichen jedoch, dass die Zahlungsleistungen der Bundesländer noch deutlich höher ausfallen, als die beiden benannten Berechnungen.

Legt man nur die Zahlen der (rechten) Zeitreihe nach jeweiliger Kaufkraft zugrunde und berechnet auf dieser Basis ausgehend die Verzinsung seit 1950 ergeben sich bereits 79 Mrd. Euro, die in diesem Wertansatz nach Kaufkraft und Verzinsung in Bayern an die Kirchen gezahlt worden sind.

## 7. Nominalzahlungen und Rückerstattungswerte der Bundesländer

Da die Bundesländer die Staatsleistungen zahlen, die nach Art. 140 GG i. V. mit Art. 138 Absatz 1 WRV abgelöst werden sollen, wären sie auch die Zahlungsempfänger, sofern die juristische und finanzverfassungsrechtlich Prüfung einen Rückerstattungsanspruch als zutreffend ergeben.

Entsprechend der Zeitdauer und der Höhe der bisherigen Zahlungen ergäben sich für die Bundesländer sehr unterschiedliche Rückerstattungswerte. Bundesländer, die wie beispielsweise Schleswig-Holstein mit rund 20 Mrd. Euro überschuldet sind, könnten die rund 900 Mio. Euro Rückerstattungswert gut gebrauchen.

Tabelle 2 : Gezahlte Staatsleistungen / Rückerstattungswerte in Euro		
Bundesland	Gezahlte Staatsleistungen an Personalzuschüssen und 'Kirchenregiment' (Nennwerte) ohne Kirchbaupflichten	Rückerstattungswerte In Euro
Baden-Württemberg	3.343.663.000	8.067.691.699
Bayern	3.096.633.000	8.104.954.201
Berlin	405.455.000	1.034.728.189
Brandenburg	184.143.000	220.134.234
Hessen	1.393.048.000	3.411.320.132
Mecklenburg-Vorpommern	145.968.000	163.186.109
Niedersachsen	1.280.286.000	3.129.150.266
Nordrhein-Westfalen	982.170.000	3.433.272.263
Rheinland-Pfalz	1.598.586.000	4.194.910.652
Saarland	34.174.000	112.583.708
Sachsen	312.443.000	360.908.448
Sachsen-Anhalt	432.949.000	537.762.993
Schleswig-Holstein	375.019.000	894.987.743
Thüringen	308.181.000	359.158.189
<b>Summen</b>	<b>13.892.718.000</b>	<b>34.024.748.826</b>

Anmerkung zur Summe der Rückerstattungswerte:

Diese Summe (34.024.748.826 Euro), die sich aus 14 Einzelberechnungen summiert, ist um 0,05 % (17.328.826 Euro) höher als die Staatsleistungssumme nach heutigem Geldwert, die sich in einem Zug aus den Gesamtzahlen pro Jahr errechnet (34.007.420.000 Euro). Dieser Unterschied summiert sich aus den Aufrundungseffekten in den Einzelberechnungen.

## 8. Gesamte Staatsleistungen in Bayern seit 1949

Da die Staatsleistungen – wie in Teil II. dieser Ausarbeitung beschrieben – nicht nur aus Personalzuschüssen sondern auch in Kirchenbaulasten bestehen, sind diese auch zusammen zu berechnen.

Für den Freistaat Bayern, für den diese Zahlen differenziert vorliegen, lässt sich das beispielhaft darstellen.

Für die Personalzuschüsse hat der Freistaat in seinen Haushaltsplänen von 1949 bis 2010 insgesamt 3,1 Mrd. Euro angesetzt, für die Baupflichten an Kirchengebäuden wurden im Saldo (Ausgaben minus Einnahmen) von 1949 bis 2009 insgesamt 777 Mio. Euro ausgegeben, zusammen eine Summe von rund 3,9 Mrd. Euro an Gesamt-Staatsleistungen im Nennwert.

Nach dem niedrigen Diskontsatz/Basiszins hätten die katholischen Bistümer und die Evangelische Landeskirche in Bayern seit 1949 nach heutigem Geldwert bereits rund 10 Mrd. Euro erhalten.



Tabelle 3 : Freistaat Bayern - Staatsleistungen (Bischöfe, Domkapitel, Personalzuschüsse, Emeriten plus Baupflichtleistungen), 1949 – 2010, in 1.000 Euro / Verzinsung

Jahr	Bischöfe, etc. Soll-Zahlen	Baupflicht IST-Saldo	Staatsleistungen SUMME	Basiszins	Vorjahres- Betrag verzinst	Kumulierter Betrag verzinst	Staatsleistungen kumuliert
1949	5.363	468	5.831	-	-	-	-
1950	8.024	519	8.543	5,00%	6.123	0	6.123
1951	10.709	888	11.597	4,42%	8.921	6.393	15.314
1952	11.952	1.086	13.038	4,50%	12.119	16.003	28.122
1953	13.236	1.412	14.647	6,00%	13.820	29.810	43.630
1954	13.768	1.081	14.849	5,13%	15.398	45.866	61.264
1955	13.631	1.450	15.081	3,71%	15.399	63.536	78.935
1956	13.998	1.434	15.433	3,17%	15.558	81.435	96.993
1957	14.415	1.957	16.372	3,21%	15.928	100.105	116.033
1958	15.482	2.032	17.514	4,83%	17.163	121.641	138.804
1959	15.866	2.562	18.427	4,33%	18.273	144.819	163.092
1960	16.084	2.657	18.741	3,21%	19.018	168.325	187.343
1961	18.212	3.896	22.108	3,08%	19.319	193.119	212.438
1962	17.825	6.553	24.378	4,42%	23.085	221.821	244.906
1963	18.794	4.432	23.226	3,17%	25.150	252.661	277.811
1964	20.760	5.182	25.942	3,00%	23.923	286.146	310.069
1965	22.419	5.169	27.588	3,00%	26.720	319.371	346.091
1966	23.604	6.553	30.157	3,00%	28.416	356.474	384.889
1967	24.271	5.963	30.234	3,71%	31.276	399.162	430.438
1968	24.383	5.963	30.347	4,67%	31.645	450.525	482.170
1969	25.952	5.963	31.915	3,33%	31.358	498.243	529.601
1970	29.396	8.007	37.403	3,00%	32.872	545.489	578.361
1971	31.174	7.962	39.136	4,67%	39.149	605.352	644.500
1972	32.496	8.879	41.375	6,88%	41.827	688.810	730.637
1973	35.980	8.374	44.354	5,08%	43.478	767.777	811.255
1974	39.567	9.966	49.533	3,33%	45.832	838.297	884.130
1975	44.123	10.022	54.145	6,25%	52.628	939.388	992.016
1976	46.411	10.812	57.223	6,83%	57.845	1.059.804	1.117.649
1977	50.291	11.272	61.563	4,42%	59.751	1.167.012	1.226.762
1978	53.209	7.583	60.792	3,50%	63.718	1.269.699	1.333.417
1979	58.272	8.563	66.835	3,46%	62.894	1.379.531	1.442.425
1980	60.443	16.180	76.623	3,00%	68.840	1.485.697	1.554.538
1981	66.267	19.383	85.650	4,50%	80.071	1.624.492	1.704.563
1982	75.908	18.985	94.893	7,25%	91.860	1.828.143	1.920.003
1983	68.953	20.021	88.974	7,50%	102.010	2.064.003	2.166.013
1984	74.464	22.065	96.528	6,96%	95.166	2.316.731	2.411.897
1985	76.287	21.387	97.674	4,17%	100.550	2.512.392	2.612.943
1986	60.159	22.298	82.457	4,29%	101.866	2.725.082	2.826.948
1987	59.538	21.090	80.628	4,29%	85.996	2.948.271	3.034.266
1988	61.494	19.903	81.397	3,58%	83.517	3.142.994	3.226.511
1989	62.336	21.200	83.536	2,96%	83.805	3.321.962	3.405.767
1990	63.768	23.538	87.306	2,96%	86.007	3.506.521	3.592.529
1991	66.030	23.540	89.570	4,92%	91.599	3.769.161	3.860.760
1992	68.737	20.148	88.884	6,00%	94.944	4.092.405	4.187.350
1993	72.457	20.768	93.226	6,92%	95.032	4.476.975	4.572.007
1994	75.707	19.371	95.078	8,21%	100.878	4.947.292	5.048.170
1995	75.689	20.545	96.234	6,88%	101.615	5.395.232	5.496.847
1996	77.983	19.635	97.618	4,77%	100.825	5.759.092	5.859.917
1997	78.671	20.818	99.489	3,83%	101.360	6.084.548	6.185.907
1998	80.662	18.313	98.975	2,63%	102.101	6.348.287	6.450.388
1999	80.792	17.632	98.424	2,50%	101.449	6.611.648	6.713.097
2000	82.435	19.204	101.639	2,50%	100.885	6.880.924	6.981.809
2001	84.058	18.934	102.992	2,13%	103.807	7.130.754	7.234.561
2002	84.557	19.279	103.836	3,45%	106.549	7.484.395	7.590.944
2003	86.344	20.539	106.883	4,05%	108.038	7.898.124	8.006.162
2004	85.247	20.567	105.814	2,52%	109.576	8.207.917	8.317.493
2005	80.321	19.762	100.083	1,60%	107.502	8.450.157	8.557.659
2006	80.622	19.535	100.157	1,14%	101.219	8.654.789	8.756.007
2007	81.343	22.232	103.575	1,19%	101.349	8.860.204	8.961.553
2008	81.783	22.820	104.603	1,66%	105.294	9.110.315	9.215.609
2009	86.681	28.448	115.129	2,95%	107.684	9.487.009	9.594.692
2010	87.230	0	87.230	3,26%	118.876	9.906.999	10.025.876
Summe	3.096.633	776.800	3.873.434				

## **ANHANG**

### **mit den Tabellen zu den einzelnen Bundesländern**

Tabellen Nr.:

4. Baden-Württemberg: Staatsleistungen 1950 - 2010	11
5. Bayern: Staatsleistungen 1949 - 2010	12
6. Berlin: Staatsleistungen 1949 - 2010	13
7. Brandenburg: Staatsleistungen 1993 - 2010	14
8. Hessen: Staatsleistungen 1949 - 2010	15
9. Mecklenburg-Vorpommern: Staatsleistungen 1992 - 2010	16
10. Niedersachsen: Staatsleistungen 1949 - 2010	17
11. Nordrhein-Westfalen: Staatsleistungen 1949 - 2010	18
12. Rheinland-Pfalz: Staatsleistungen 1949 - 2010	19
13. Saarland: Staatsleistungen 1960 - 2010	20
14. Sachsen: Staatsleistungen 1993 - 2010	21
15. Sachsen-Anhalt: Staatsleistungen 1991 - 2010	21
16. Schleswig-Holstein: Staatsleistungen 1949 - 2010	22
17. Thüringen: Staatsleistungen 1991 - 2010	23

Tabelle 4: Baden Württemberg - Staatsleistungen 1949 – 2010 / 1.000 Euro / Verzinsung							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949							
1950 *)	1.590	3.390	4.980				
1951	1.452	3.918	5.370	4,42%	5.200	0	5.200
1952	1.461	3.922	5.382	4,50%	5.612	5.434	11.046
1953	4.687	6.705	11.392	6,00%	5.706	11.709	17.414
1954	4.503	6.604	11.107	5,13%	11.976	18.308	30.284
1955	4.497	6.618	11.115	3,71%	11.519	31.408	42.927
1956	5.095	7.540	12.635	3,17%	11.467	44.288	55.755
1957	5.012	7.385	12.397	3,21%	13.041	57.545	70.585
1958	4.780	7.507	12.287	4,83%	12.996	73.995	86.990
1959	5.126	7.922	13.048	4,33%	12.819	90.757	103.576
1960	5.188	9.638	14.826	3,21%	13.467	106.901	120.368
1961	5.007	7.519	12.525	3,08%	15.283	124.075	139.358
1962	7.155	10.264	17.419	4,42%	13.080	145.517	158.597
1963	8.416	12.014	20.430	3,17%	17.971	163.624	181.596
1964	7.930	11.378	19.309	3,00%	21.043	187.044	208.086
1965	9.709	12.599	22.308	3,00%	19.887	214.329	234.216
1966	9.485	12.215	21.701	3,00%	22.977	241.243	264.220
1967	10.526	14.602	25.128	3,71%	22.505	274.023	296.528
1968	10.206	13.510	23.716	4,67%	26.301	310.375	336.677
1969	11.007	14.622	25.629	3,33%	24.506	347.888	372.394
1970	13.906	17.545	31.451	3,00%	26.398	383.566	409.964
1971	14.149	17.874	32.023	4,67%	32.920	429.109	462.029
1972	14.962	18.928	33.890	6,88%	34.226	493.816	528.043
1973	19.258	19.572	38.830	5,08%	35.612	554.867	590.479
1974	21.378	21.686	43.064	3,33%	40.123	610.142	650.265
1975	23.088	23.420	46.508	6,25%	45.756	690.906	736.662
1976	24.935	25.294	50.229	6,83%	49.684	786.976	836.660
1977	24.610	24.766	49.377	4,42%	52.449	873.641	926.090
1978	25.961	26.120	52.081	3,50%	51.104	958.503	1.009.607
1979	27.173	27.341	54.514	3,46%	53.883	1.044.539	1.098.422
1980	28.396	28.566	56.961	3,00%	56.149	1.131.375	1.187.525
1981	30.183	30.363	60.545	4,50%	59.525	1.240.963	1.300.488
1982	30.670	31.151	61.821	7,25%	64.936	1.394.774	1.459.709
1983	31.855	32.042	63.897	7,50%	66.458	1.569.188	1.635.645
1984	33.129	33.324	66.453	6,96%	68.344	1.749.486	1.817.830
1985	32.856	33.050	65.906	4,17%	69.224	1.893.634	1.962.858
1986	34.061	34.260	68.321	4,29%	68.733	2.047.065	2.115.798
1987	35.253	35.460	70.712	4,29%	71.252	2.206.566	2.277.818
1988	36.445	36.659	73.104	3,58%	73.245	2.359.364	2.432.608
1989	36.762	36.978	73.740	2,96%	75.268	2.504.613	2.579.881
1990	37.467	37.686	75.153	2,96%	75.923	2.656.246	2.732.168
1991	39.954	40.174	80.129	4,92%	78.851	2.866.591	2.945.441
1992	41.545	41.774	83.319	6,00%	84.936	3.122.168	3.207.104
1993	43.427	43.665	87.092	6,92%	89.085	3.429.035	3.518.120
1994	45.166	45.413	90.579	8,21%	94.242	3.806.958	3.901.200
1995	44.284	44.522	88.806	6,88%	96.811	4.169.602	4.266.413
1996	43.374	43.607	86.980	4,77%	93.042	4.469.921	4.562.963
1997	43.373	43.605	86.977	3,83%	90.312	4.737.725	4.828.037
1998	44.192	44.429	88.621	2,63%	89.266	4.955.014	5.044.280
1999	45.363	45.605	90.968	2,50%	90.837	5.170.387	5.261.223
2000	47.369	47.622	94.991	2,50%	93.242	5.392.754	5.485.996
2001	49.432	49.695	99.126	2,13%	97.014	5.602.848	5.699.862
2002	49.872	50.137	100.009	3,45%	102.547	5.896.507	5.999.054
2003	50.534	50.803	101.337	4,05%	104.059	6.242.016	6.346.075
2004	48.242	48.503	96.745	2,52%	103.891	6.505.997	6.609.887
2005	49.277	49.564	98.841	1,60%	98.293	6.715.645	6.813.938
2006	49.783	50.072	99.855	1,14%	99.968	6.891.617	6.991.585
2007	48.580	48.863	97.443	1,19%	101.043	7.074.785	7.175.828
2008	49.341	49.628	98.969	1,66%	99.061	7.294.947	7.394.007
2009	49.341	49.628	98.969	2,95%	101.889	7.612.131	7.714.019
2010	51.157	51.468	102.625	3,26%	102.195	7.965.496	8.067.692
Summe	1.632.931	1.710.732	3.343.663				

Quellen (soweit nicht anders angegeben): Haushaltspläne des jeweiligen Landes

\*) IST-Zahlen

Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	4.326	1.037	5.363				
1950	6.185	1.840	8.024	5,00%	5.631	0	5.631
1951	7.998	2.711	10.709	4,42%	8.380	5.880	14.260
1952	8.857	3.095	11.952	4,50%	11.191	14.901	26.092
1953	9.789	3.446	13.236	6,00%	12.669	27.658	40.327
1954	10.252	3.516	13.768	5,13%	13.914	42.396	56.310
1955	10.189	3.443	13.631	3,71%	14.279	58.399	72.678
1956	10.410	3.589	13.998	3,17%	14.064	74.982	89.046
1957	10.743	3.671	14.415	3,21%	14.448	91.904	106.352
1958	11.479	4.003	15.482	4,83%	15.110	111.489	126.599
1959	11.850	4.016	15.866	4,33%	16.152	132.081	148.234
1960	12.071	4.013	16.084	3,21%	16.375	152.992	169.367
1961	13.642	4.570	18.212	3,08%	16.579	174.584	191.163
1962	13.210	4.616	17.825	4,42%	19.017	199.612	218.629
1963	13.950	4.844	18.794	3,17%	18.391	225.560	243.951
1964	15.182	5.578	20.760	3,00%	19.358	251.270	270.627
1965	16.592	5.827	22.419	3,00%	21.383	278.746	300.129
1966	17.447	6.157	23.604	3,00%	23.092	309.133	332.224
1967	17.911	6.360	24.271	3,71%	24.480	344.550	369.030
1968	17.985	6.398	24.383	4,67%	25.404	386.263	411.668
1969	19.200	6.751	25.952	3,33%	25.195	425.376	450.571
1970	21.911	7.485	29.396	3,00%	26.730	464.088	490.818
1971	23.170	8.004	31.174	4,67%	30.769	513.739	544.508
1972	24.148	8.348	32.496	6,88%	33.319	581.970	615.289
1973	27.066	8.913	35.980	5,08%	34.147	646.546	680.692
1974	29.751	9.816	39.567	3,33%	37.177	703.359	740.536
1975	33.431	10.692	44.123	6,25%	42.040	786.820	828.860
1976	35.314	11.097	46.411	6,83%	47.137	885.471	932.608
1977	38.585	11.706	50.291	4,42%	48.462	973.829	1.022.291
1978	40.939	12.270	53.209	3,50%	52.051	1.058.072	1.110.123
1979	44.959	13.313	58.272	3,46%	55.050	1.148.533	1.203.583
1980	47.130	13.313	60.443	3,00%	60.020	1.239.690	1.299.711
1981	52.345	13.922	66.267	4,50%	63.163	1.358.198	1.421.361
1982	61.394	14.514	75.908	7,25%	71.071	1.524.409	1.595.481
1983	54.777	14.176	68.953	7,50%	81.601	1.715.142	1.796.743
1984	59.763	14.701	74.464	6,96%	73.752	1.921.796	1.995.548
1985	61.417	14.870	76.287	4,17%	77.569	2.078.762	2.156.332
1986 *)	45.125	15.034	60.159	4,29%	79.560	2.248.838	2.328.398
1987	44.515	15.023	59.538	4,29%	62.740	2.428.286	2.491.026
1988	46.001	15.493	61.494	3,58%	61.669	2.580.205	2.641.874
1989	46.496	15.841	62.336	2,96%	63.314	2.720.074	2.783.388
1990	47.646	16.122	63.768	2,96%	64.182	2.865.776	2.929.958
1991	49.689	16.341	66.030	4,92%	66.905	3.074.112	3.141.018
1992	51.716	17.021	68.737	6,00%	69.992	3.329.479	3.399.471
1993	54.693	17.764	72.457	6,92%	73.494	3.634.714	3.708.208
1994	57.362	18.345	75.707	8,21%	78.406	4.012.651	4.091.057
1995	57.037	18.652	75.689	6,88%	80.916	4.372.522	4.453.437
1996	58.794	19.188	77.983	4,77%	79.299	4.665.866	4.745.166
1997	59.319	19.352	78.671	3,83%	80.969	4.926.906	5.007.874
1998	60.833	19.829	80.662	2,63%	80.740	5.139.581	5.220.322
1999	61.063	19.730	80.792	2,50%	82.679	5.350.830	5.433.508
2000	62.199	20.236	82.435	2,50%	82.813	5.569.346	5.652.159
2001	63.451	20.607	84.058	2,13%	84.191	5.772.550	5.856.740
2002	63.876	20.681	84.557	3,45%	86.958	6.058.798	6.145.756
2003	65.446	20.898	86.344	4,05%	87.982	6.394.659	6.482.641
2004	64.289	20.958	85.247	2,52%	88.520	6.646.003	6.734.523
2005	60.733	19.588	80.321	1,60%	86.611	6.842.275	6.928.886
2006	61.050	19.572	80.622	1,14%	81.237	7.007.876	7.089.112
2007	61.766	19.577	81.343	1,19%	81.581	7.173.473	7.255.054
2008	62.134	19.649	81.783	1,66%	82.693	7.375.488	7.458.181
2009	65.247	21.434	86.681	2,95%	84.196	7.678.198	7.762.393
2010	65.664	21.566	87.230	3,26%	89.507	8.015.447	8.104.954
Summe	2.531.511	745.122	3.096.633				

\*) seit 1986 ohne die Finanzierungen der Katholischen Universität Eichstätt, die bis dahin (entsprechend dem Konkordat) bei den staatlichen Zahlungen für die katholische Kirche im Staatshaushalt erfasst worden waren. Seitdem bei Wissenschaft. 2010: 33 Mio. Euro

Tabelle 6: Berlin							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	15	36	51				
1950	107	752	859	5,00%	54	0	54
1951	118	813	931	4,42%	897	56	953
1952	123	971	1.094	4,50%	973	996	1.969
1953	124	971	1.095	6,00%	1.160	2.086	3.246
1954	127	1.115	1.242	5,13%	1.151	3.413	4.564
1955	127	1.143	1.270	3,71%	1.288	4.733	6.021
1956	173	1.322	1.496	3,17%	1.310	6.212	7.522
1957	208	1.576	1.784	3,21%	1.543	7.763	9.306
1958	257	1.771	2.028	4,83%	1.870	9.757	11.627
1959	269	1.836	2.105	4,33%	2.116	12.130	14.246
1960	272	1.850	2.122	3,21%	2.173	14.704	16.877
1961	272	1.850	2.122	3,08%	2.187	17.396	19.583
1962	304	2.203	2.507	4,42%	2.216	20.450	22.665
1963	321	2.369	2.690	3,17%	2.586	23.382	25.969
1964	322	2.428	2.750	3,00%	2.771	26.747	29.518
1965	359	2.741	3.100	3,00%	2.833	30.404	33.236
1966	383	2.841	3.225	3,00%	3.193	34.233	37.426
1967	427	3.347	3.774	3,71%	3.344	38.813	42.157
1968	432	3.405	3.837	4,67%	3.950	44.127	48.077
1969	443	3.487	3.930	3,33%	3.965	49.677	53.642
1970	494	3.794	4.288	3,00%	4.048	55.252	59.300
1971	537	4.131	4.668	4,67%	4.488	62.069	66.558
1972	598	4.459	5.057	6,88%	4.989	71.135	76.124
1973	649	4.779	5.428	5,08%	5.314	79.987	85.301
1974	697	5.163	5.860	3,33%	5.609	88.145	93.753
1975	791	5.276	6.067	6,25%	6.226	99.617	105.843
1976	837	5.573	6.410	6,83%	6.481	113.072	119.553
1977	923	6.138	7.062	4,42%	6.693	124.840	131.534
1978	1.012	6.202	7.214	3,50%	7.308	136.133	143.441
1979	1.060	6.254	7.315	3,46%	7.464	148.405	155.869
1980	1.100	6.276	7.376	3,00%	7.533	160.542	168.075
1981	1.183	6.748	7.931	4,50%	7.708	175.639	183.347
1982	1.212	6.079	7.291	7,25%	8.506	196.641	205.147
1983	1.214	6.089	7.303	7,50%	7.838	220.533	228.371
1984	1.233	5.830	7.064	6,96%	7.811	244.265	252.076
1985	1.235	5.837	7.072	4,17%	7.358	262.583	269.941
1986	1.273	6.013	7.286	4,29%	7.375	281.513	288.889
1987	1.317	5.939	7.255	4,29%	7.599	301.287	308.885
1988	1.363	6.142	7.504	3,58%	7.516	319.949	327.465
1989	1.369	6.169	7.538	2,96%	7.727	337.167	344.894
1990	1.486	6.266	7.753	2,96%	7.761	355.098	362.859
1991	1.543	6.333	7.876	4,92%	8.133	380.705	388.839
1992	1.655	6.798	8.453	6,00%	8.349	412.157	420.505
1993	2.680	9.377	12.056	6,92%	9.038	449.604	458.642
1994	2.585	9.292	11.877	8,21%	13.047	496.280	509.327
1995	2.586	9.077	11.663	6,88%	12.694	544.360	557.054
1996	2.663	9.341	12.004	4,77%	12.219	583.598	595.818
1997	2.947	8.604	11.550	3,83%	12.464	618.642	631.106
1998	2.791	8.735	11.526	2,63%	11.855	647.725	659.579
1999	2.708	8.766	11.473	2,50%	11.814	676.035	687.849
2000	2.858	8.658	11.516	2,50%	11.761	705.045	716.806
2001	2.896	8.522	11.419	2,13%	11.761	732.074	743.835
2002	2.970	8.711	11.681	3,45%	11.812	769.522	781.334
2003	2.950	8.650	11.600	4,05%	12.154	813.005	825.159
2004	2.950	8.650	11.600	2,52%	11.892	845.926	857.819
2005	2.950	8.650	11.600	1,60%	11.786	871.543	883.329
2006	2.831	7.703	10.534	1,14%	11.732	893.355	905.088
2007	2.831	7.703	10.534	1,19%	10.659	915.813	926.472
2008	2.860	7.694	10.554	1,66%	10.709	941.851	952.560
2009	2.889	7.694	10.583	2,95%	10.865	980.661	991.526
2010	2.910	7.694	10.604	3,26%	10.928	1.023.800	1.034.728
Summe	80.819	324.636	405.455				

<b>Tabelle 7: Brandenburg</b>							
<b>Staatsleistungen 1992 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins</b>							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1992	1.278	7.158	8.436				
1993	1.278	7.209	8.487	6,92%	9.020	0	9.020
1994	1.150	6.442	7.592	8,21%	9.184	9.760	18.944
1995	1.150	6.442	7.592	6,88%	8.114	20.247	28.362
1996	920	5.154	6.074	4,77%	7.954	29.715	37.669
1997	920	8.692	9.612	3,83%	6.307	39.111	45.418
1998	920	8.692	9.612	2,63%	9.865	46.613	56.477
1999	824	8.692	9.516	2,50%	9.852	57.889	67.742
2000	920	8.692	9.612	2,50%	9.754	69.435	79.189
2001	920	8.692	9.612	2,13%	9.817	80.876	90.693
2002	920	9.413	10.333	3,45%	9.944	93.821	103.765
2003	920	9.593	10.513	4,05%	10.751	107.968	118.719
2004	1.000	9.700	10.700	2,52%	10.778	121.711	132.489
2005	1.000	9.750	10.750	1,60%	10.871	134.608	145.480
2006	1.000	9.950	10.950	1,14%	10.873	147.138	158.011
2007	1.000	10.100	11.100	1,19%	11.080	159.891	170.971
2008	1.000	10.100	11.100	1,66%	11.284	173.809	185.094
2009	1.000	10.203	11.203	2,95%	11.427	190.554	201.981
2010	1.000	10.347	11.347	3,26%	11.568	208.566	220.134
<b>Summe</b>	<b>19.121</b>	<b>165.022</b>	<b>184.143</b>				

1992: IST-Zahlen

Tabelle 8: Hessen							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	886	2.333	3.219				
1950	937	2.416	3.353	5,00%	3.380	0	3.380
1951	937	2.420	3.357	4,42%	3.501	3.529	7.031
1952	1.120	2.888	4.008	4,50%	3.508	7.347	10.855
1953	1.120	2.888	4.008	6,00%	4.248	11.506	15.755
1954	1.505	3.802	5.307	5,13%	4.214	16.563	20.777
1955	1.504	3.770	5.274	3,71%	5.504	21.547	27.051
1956	1.379	3.624	5.003	3,17%	5.441	27.909	33.350
1957	1.946	4.592	6.538	3,21%	5.164	34.421	39.584
1958	1.818	4.496	6.314	4,83%	6.854	41.496	48.350
1959	1.818	4.496	6.314	4,33%	6.587	50.443	57.031
1960	1.818	4.496	6.314	3,21%	6.517	58.861	65.378
1961	1.948	4.816	6.764	3,08%	6.508	67.392	73.900
1962	2.107	5.210	7.317	4,42%	7.063	77.167	84.230
1963	2.292	5.556	7.848	3,17%	7.549	86.900	94.449
1964	2.253	5.556	7.809	3,00%	8.083	97.282	105.366
1965	2.307	5.689	7.996	3,00%	8.043	108.527	116.570
1966	2.562	6.317	8.879	3,00%	8.236	120.067	128.303
1967	2.839	7.001	9.840	3,71%	9.208	133.063	142.271
1968	2.839	7.001	9.840	4,67%	10.300	148.915	159.215
1969	2.953	7.281	10.234	3,33%	10.168	164.517	174.684
1970	3.068	7.567	10.635	3,00%	10.541	179.925	190.466
1971	3.666	9.086	12.752	4,67%	11.132	199.361	210.492
1972	4.241	10.451	14.692	6,88%	13.629	224.974	238.603
1973	4.241	10.451	14.692	5,08%	15.438	250.725	266.163
1974	4.241	10.451	14.692	3,33%	15.181	275.026	290.207
1975	5.217	12.863	18.080	6,25%	15.610	308.345	323.956
1976	5.615	13.842	19.457	6,83%	19.315	346.082	365.397
1977	5.975	14.733	20.708	4,42%	20.317	381.547	401.864
1978	6.233	15.369	21.602	3,50%	21.433	415.929	437.362
1979	6.483	15.985	22.468	3,46%	22.349	452.495	474.844
1980	6.775	16.705	23.480	3,00%	23.142	489.090	512.232
1981	7.208	17.772	24.980	4,50%	24.537	535.282	559.819
1982	7.234	19.371	26.605	7,25%	26.791	600.406	627.197
1983	7.562	18.630	26.192	7,50%	28.600	674.236	702.837
1984	9.069	18.579	27.648	6,96%	28.015	751.754	779.769
1985	7.761	19.137	26.898	4,17%	28.801	812.286	841.086
1986	8.002	19.731	27.733	4,29%	28.052	877.169	905.221
1987	8.242	20.323	28.565	4,29%	28.923	944.055	972.978
1988	8.565	21.119	29.684	3,58%	29.588	1.007.810	1.037.398
1989	8.595	21.193	29.788	2,96%	30.563	1.068.105	1.098.668
1990	8.771	24.184	32.955	2,96%	30.670	1.131.188	1.161.858
1991	9.034	22.276	31.310	4,92%	34.576	1.219.021	1.253.598
1992	9.669	23.840	33.509	6,00%	33.189	1.328.814	1.362.002
1993	10.319	25.443	35.762	6,92%	35.828	1.456.253	1.492.080
1994	10.374	25.501	35.875	8,21%	38.698	1.614.580	1.653.278
1995	10.405	25.654	36.059	6,88%	38.343	1.767.024	1.805.367
1996	11.148	27.487	38.635	4,77%	37.779	1.891.483	1.929.262
1997	10.827	26.697	37.524	3,83%	40.115	2.003.153	2.043.268
1998	11.002	27.129	38.131	2,63%	38.511	2.097.006	2.135.516
1999	11.200	27.616	38.816	2,50%	39.084	2.188.904	2.227.989
2000	11.335	27.948	39.283	2,50%	39.786	2.283.688	2.323.475
2001	11.472	28.284	39.756	2,13%	40.120	2.372.965	2.413.084
2002	11.704	28.859	40.563	3,45%	41.128	2.496.336	2.537.463
2003	11.921	29.394	41.315	4,05%	42.206	2.640.231	2.682.437
2004	12.142	29.939	42.081	2,52%	42.356	2.750.034	2.792.390
2005	12.086	29.802	41.888	1,60%	42.754	2.837.068	2.879.823
2006	12.027	29.655	41.682	1,14%	42.366	2.912.653	2.955.018
2007	12.027	29.655	41.682	1,19%	42.178	2.990.183	3.032.361
2008	12.125	29.892	42.017	1,66%	42.374	3.082.698	3.125.072
2009	12.437	30.667	43.104	2,95%	43.257	3.217.262	3.260.518
2010	12.759	31.459	44.218	3,26%	44.509	3.366.811	3.411.320
Summe	401.665	991.387	1.393.052				

Tabelle 9: <b>Mecklenburg-Vorpommern</b>							
Staatsleistungen 1992 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1992	0	396	396				
1993	0	396	396	6,92%	423	0	423
1994	0	472	472	8,21%	429	458	887
1995	0	7.083	7.083	6,88%	504	948	1.452
1996	0	7.611	7.611	4,77%	7.421	1.521	8.942
1997	0	7.903	7.903	3,83%	7.903	9.285	17.187
1998	656	7.700	8.356	2,63%	8.111	17.639	25.750
1999	667	7.911	8.578	2,50%	8.565	26.394	34.959
2000	682	8.183	8.864	2,50%	8.792	35.833	44.625
ö2001	694	8.435	9.129	2,13%	9.054	45.576	54.630
2002	451	8.660	9.111	3,45%	9.444	56.514	65.958
2003	462	8.870	9.332	4,05%	9.480	68.630	78.110
2004	473	8.984	9.457	2,52%	9.567	80.078	89.645
2005	485	9.216	9.701	1,60%	9.608	91.079	100.688
2006	472	9.074	9.546	1,14%	9.812	101.836	111.647
2007	472	9.074	9.546	1,19%	9.660	112.976	122.635
2008	475	9.138	9.613	1,66%	9.704	124.671	134.376
2009	486	9.312	9.798	2,95%	9.897	138.340	148.236
2010	548	10.528	11.076	3,26%	10.117	153.069	163.186
Summe	7.023	138.946	145.969				



Tabelle 10: Niedersachsen							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	445	2.532	2.977				
1950	445	2.542	2.987	5,00%	3.126	0	3.126
1951	453	2.574	3.026	4,42%	3.119	3.264	6.383
1952	475	2.615	3.090	4,50%	3.163	6.670	9.833
1953	494	2.663	3.156	6,00%	3.275	10.423	13.699
1954	516	2.707	3.223	5,13%	3.319	14.402	17.721
1955	592	3.937	4.529	3,71%	3.343	18.378	21.721
1956	602	3.937	4.539	3,17%	4.673	22.409	27.082
1957	665	4.158	4.823	3,21%	4.685	27.951	32.636
1958	685	4.625	5.310	4,83%	5.056	34.212	39.268
1959	685	4.625	5.310	4,33%	5.540	40.968	46.508
1960	702	4.970	5.672	3,21%	5.480	48.001	53.482
1961	700	4.943	5.643	3,08%	5.847	55.129	60.976
1962	724	5.342	6.066	4,42%	5.892	63.671	69.563
1963	721	5.385	6.106	3,17%	6.258	71.768	78.027
1964	751	5.867	6.617	3,00%	6.289	80.367	86.656
1965	5.544	6.623	12.167	3,00%	6.817	89.256	96.073
1966	1.760	7.012	8.772	3,00%	12.532	98.955	111.487
1967	1.844	7.347	9.190	3,71%	9.097	115.623	124.721
1968	1.876	7.476	9.352	4,67%	9.620	130.545	140.165
1969	2.016	8.005	10.021	3,33%	9.663	144.833	154.496
1970	2.260	9.006	11.266	3,00%	10.322	159.131	169.453
1971	2.268	9.038	11.306	4,67%	11.792	177.366	189.158
1972	2.606	10.383	12.988	6,88%	12.084	202.172	214.256
1973	2.826	11.259	14.085	5,08%	13.649	225.140	238.789
1974	3.212	12.799	16.011	3,33%	14.554	246.741	261.295
1975	3.371	13.434	16.805	6,25%	17.012	277.626	294.638
1976	3.756	14.968	18.724	6,83%	17.953	314.761	332.714
1977	3.819	15.216	19.035	4,42%	19.552	347.420	366.972
1978	4.058	16.171	20.229	3,50%	19.701	379.816	399.517
1979	4.250	16.934	21.184	3,46%	20.929	413.340	434.269
1980	4.347	17.320	21.666	3,00%	21.820	447.297	469.117
1981	4.587	18.279	22.867	4,50%	22.642	490.227	512.869
1982	4.723	18.820	23.543	7,25%	24.524	550.052	574.576
1983	4.906	19.546	24.452	7,50%	25.309	617.669	642.978
1984	4.999	19.880	24.879	6,96%	26.154	687.729	713.883
1985	5.040	20.137	25.177	4,17%	25.916	743.652	769.568
1986	5.172	20.610	25.783	4,29%	26.257	802.582	828.840
1987	5.353	21.332	26.685	4,29%	26.888	864.397	891.285
1988	5.535	22.057	27.592	3,58%	27.640	923.193	950.833
1989	5.729	22.804	28.533	2,96%	28.409	978.978	1.007.387
1990	5.710	22.754	28.464	2,96%	29.378	1.037.205	1.066.583
1991	5.847	23.300	29.148	4,92%	29.864	1.119.059	1.148.923
1992	6.341	25.266	31.607	6,00%	30.896	1.217.858	1.248.754
1993	6.595	26.277	32.872	6,92%	33.794	1.335.168	1.368.962
1994	6.569	26.174	32.742	8,21%	35.571	1.481.354	1.516.925
1995	6.867	27.364	34.232	6,88%	34.996	1.621.289	1.656.285
1996	7.092	28.259	35.351	4,77%	35.864	1.735.290	1.771.154
1997	7.283	29.022	36.306	3,83%	36.705	1.838.989	1.875.694
1998	7.163	28.541	35.704	2,63%	37.260	1.925.024	1.962.284
1999	7.205	28.711	35.916	2,50%	36.597	2.011.341	2.047.938
2000	7.349	29.285	36.635	2,50%	36.814	2.099.136	2.135.950
2001	7.488	29.846	37.334	2,13%	37.414	2.181.446	2.218.860
2002	7.538	30.042	37.580	3,45%	38.622	2.295.411	2.334.033
2003	7.688	30.639	38.327	4,05%	39.102	2.428.561	2.467.663
2004	7.537	30.040	37.577	2,52%	39.293	2.529.849	2.569.141
2005	7.335	29.235	36.570	1,60%	38.178	2.610.248	2.648.426
2006	7.335	29.235	36.570	1,14%	36.987	2.678.618	2.715.605
2007	7.481	29.815	37.296	1,19%	37.005	2.747.921	2.784.926
2008	7.502	29.898	37.400	1,66%	37.915	2.831.156	2.869.071
2009	7.653	30.496	38.149	2,95%	38.503	2.953.708	2.992.212
2010	7.846	31.272	39.118	3,26%	39.393	3.089.758	3.129.150
Summe	254.936	1.025.349	1.280.285				

Tabelle 11: Nordrhein-Westfalen							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	4.318	2.260	6.579				
1950	5.074	2.795	7.869	5,00%	6.907	0	6.907
1951	5.065	2.846	7.912	4,42%	8.217	7.212	15.429
1952	6.329	3.760	10.089	4,50%	8.267	16.123	24.390
1953	6.483	3.806	10.289	6,00%	10.694	25.854	36.548
1954	7.131	3.671	10.801	5,13%	10.817	38.423	49.240
1955	7.205	4.051	11.256	3,71%	11.203	51.067	62.269
1956	7.137	3.993	11.130	3,17%	11.613	64.243	75.856
1957	7.412	4.059	11.471	3,21%	11.487	78.291	89.778
1958	7.674	4.519	12.192	4,83%	12.025	94.115	106.140
1959	7.864	4.632	12.497	4,33%	12.721	110.736	123.566
1960	7.835	4.837	12.672	3,21%	12.897	127.419	140.317
1961	7.988	4.868	12.855	3,08%	13.062	144.638	157.701
1962	7.608	4.699	12.307	4,42%	13.424	164.671	178.095
1963	7.608	4.699	12.307	3,17%	12.697	183.741	196.438
1964	7.680	4.756	12.436	3,00%	12.676	202.331	215.007
1965	7.698	4.769	12.467	3,00%	12.809	221.458	234.267
1966	7.822	4.862	12.684	3,00%	12.841	241.295	254.136
1967	7.823	4.862	12.685	3,71%	13.155	263.564	276.719
1968	7.928	4.941	12.869	4,67%	13.277	289.641	302.919
1969	7.932	4.944	12.876	3,33%	13.298	313.006	326.304
1970	8.013	4.995	13.008	3,00%	13.262	336.093	349.355
1971	8.478	5.369	13.847	4,67%	13.615	365.670	379.285
1972	8.600	5.505	14.104	6,88%	14.800	405.380	420.180
1973	8.945	5.829	14.774	5,08%	14.822	441.525	456.346
1974	9.038	5.903	14.941	3,33%	15.266	471.543	486.809
1975	9.295	6.098	15.393	6,25%	15.875	517.234	533.109
1976	9.464	6.229	15.693	6,83%	16.444	569.520	585.965
1977	9.707	6.413	16.120	4,42%	16.387	611.864	628.251
1978	9.852	6.508	16.360	3,50%	16.684	650.240	666.924
1979	9.968	6.600	16.568	3,46%	16.926	690.000	706.926
1980	10.078	6.698	16.776	3,00%	17.065	728.133	745.198
1981	10.220	6.791	17.011	4,50%	17.531	778.732	796.263
1982	10.292	6.840	17.132	7,25%	18.244	853.992	872.237
1983	10.353	6.871	17.224	7,50%	18.417	937.654	956.071
1984	10.323	6.845	17.168	6,96%	18.423	1.022.614	1.041.037
1985	10.356	6.893	17.250	4,17%	17.884	1.084.448	1.102.332
1986	10.303	6.972	17.275	4,29%	17.989	1.149.622	1.167.611
1987	11.491	7.731	19.222	4,29%	18.016	1.217.701	1.235.718
1988	10.937	7.361	18.298	3,58%	19.910	1.279.956	1.299.866
1989	11.008	7.379	18.387	2,96%	18.840	1.338.342	1.357.182
1990	11.051	7.410	18.460	2,96%	18.931	1.397.355	1.416.286
1991	11.369	7.665	19.034	4,92%	19.369	1.485.967	1.505.336
1992	11.536	7.814	19.350	6,00%	20.176	1.595.657	1.615.833
1993	11.787	7.970	19.756	6,92%	20.689	1.727.648	1.748.337
1994	11.934	8.071	20.005	8,21%	21.379	1.891.876	1.913.255
1995	11.398	7.520	18.918	6,88%	21.381	2.044.887	2.066.268
1996	11.589	7.667	19.257	4,77%	19.820	2.164.829	2.184.649
1997	11.662	7.706	19.368	3,83%	19.994	2.268.322	2.288.315
1998	11.819	7.826	19.644	2,63%	19.877	2.348.498	2.368.375
1999	11.964	7.925	19.889	2,50%	20.136	2.427.584	2.447.721
2000	12.002	7.915	19.916	2,50%	20.386	2.508.914	2.529.300
2001	11.887	7.859	19.746	2,13%	20.341	2.583.174	2.603.515
2002	12.051	7.985	20.036	3,45%	20.427	2.693.336	2.713.764
2003	12.163	8.071	20.234	4,05%	20.847	2.823.671	2.844.519
2004	12.163	8.071	20.234	2,52%	20.744	2.916.200	2.936.944
2005	12.220	8.114	20.334	1,60%	20.558	2.983.935	3.004.493
2006	12.278	8.159	20.437	1,14%	20.566	3.038.744	3.059.310
2007	12.328	8.197	20.525	1,19%	20.680	3.095.716	3.116.396
2008	12.300	8.200	20.500	1,66%	20.866	3.168.128	3.188.994
2009	12.417	8.290	20.707	2,95%	21.105	3.283.069	3.304.174
2010	12.596	8.428	21.024	3,26%	21.382	3.411.890	3.433.272
Summe	596.849	385.322	982.171				

Tabelle 12: Rheinland-Pfalz							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	2.531	1.864	4.395				
1950	2.454	1.714	4.169	5,00%	4.615	0	4.615
1951	2.939	2.089	5.028	4,42%	4.352	4.818	9.170
1952	2.945	2.091	5.036	4,50%	5.254	9.584	14.838
1953	3.143	2.214	5.357	6,00%	5.338	15.727	21.065
1954	3.579	2.572	6.151	5,13%	5.632	22.147	27.778
1955	3.591	2.576	6.167	3,71%	6.379	28.809	35.188
1956	3.776	2.706	6.482	3,17%	6.362	36.302	42.665
1957	3.992	2.856	6.848	3,21%	6.690	44.034	50.724
1958	4.158	2.979	7.138	4,83%	7.179	53.173	60.352
1959	4.195	3.017	7.211	4,33%	7.446	62.966	70.412
1960	4.273	3.123	7.396	3,21%	7.444	72.676	80.120
1961	5.118	3.335	8.453	3,08%	7.624	82.585	90.208
1962	5.490	3.596	9.086	4,42%	8.827	94.199	103.026
1963	7.623	5.479	13.103	3,17%	9.374	106.288	115.662
1964	8.063	5.856	13.920	3,00%	13.495	119.129	132.624
1965	8.063	5.984	14.047	3,00%	14.337	136.603	150.939
1966	8.661	6.812	15.473	3,00%	14.468	155.468	169.937
1967	9.347	7.364	16.711	3,71%	16.047	176.242	192.289
1968	9.334	7.364	16.698	4,67%	17.491	201.266	218.757
1969	9.657	7.616	17.273	3,33%	17.254	226.034	243.288
1970	10.364	8.125	18.488	3,00%	17.791	250.594	268.385
1971	11.642	9.147	20.789	4,67%	19.352	280.920	300.272
1972	12.416	9.518	21.935	6,88%	22.219	320.919	343.138
1973	12.416	9.518	21.935	5,08%	23.048	360.553	383.601
1974	12.436	10.090	22.526	3,33%	22.664	396.388	419.053
1975	12.436	10.090	22.526	6,25%	23.934	445.259	469.193
1976	12.682	9.868	22.550	6,83%	24.065	501.239	525.303
1977	13.079	10.175	23.254	4,42%	23.547	548.539	572.086
1978	13.856	10.891	24.747	3,50%	24.068	592.090	616.158
1979	14.521	11.453	25.974	3,46%	25.603	637.478	663.081
1980	14.695	11.588	26.283	3,00%	26.753	682.962	709.715
1981	15.356	12.109	27.465	4,50%	27.466	741.653	769.119
1982	15.493	12.215	27.708	7,25%	29.456	824.879	854.335
1983	15.493	12.215	27.708	7,50%	29.786	918.411	948.197
1984	16.078	12.676	28.753	6,96%	29.636	1.014.192	1.043.828
1985	16.400	12.929	29.329	4,17%	29.953	1.087.340	1.117.293
1986	16.962	13.385	30.347	4,29%	30.587	1.165.186	1.195.773
1987	17.471	13.648	31.119	4,29%	31.649	1.247.093	1.278.741
1988	18.191	14.354	32.545	3,58%	32.233	1.324.542	1.356.775
1989	18.737	14.785	33.521	2,96%	33.508	1.396.980	1.430.488
1990	18.689	14.730	33.419	2,96%	34.514	1.472.807	1.507.321
1991	19.249	15.172	34.421	4,92%	35.063	1.581.455	1.616.518
1992	16.499	15.437	31.936	6,00%	36.486	1.713.454	1.749.940
1993	20.655	16.297	36.953	6,92%	34.146	1.871.036	1.905.182
1994	21.695	17.116	38.810	8,21%	39.986	2.061.533	2.101.518
1995	22.346	17.629	39.975	6,88%	41.481	2.246.069	2.287.551
1996	22.970	18.122	41.092	4,77%	41.882	2.396.554	2.438.436
1997	22.836	18.015	40.851	3,83%	42.666	2.531.848	2.574.514
1998	23.178	18.286	41.464	2,63%	41.925	2.642.308	2.684.233
1999	23.526	18.560	42.086	2,50%	42.501	2.751.206	2.793.706
2000	24.244	19.126	43.370	2,50%	43.138	2.863.549	2.906.687
2001	24.607	19.413	44.020	2,13%	44.294	2.968.599	3.012.893
2002	24.838	19.595	44.433	3,45%	45.539	3.116.940	3.162.479
2003	25.123	19.820	44.943	4,05%	46.233	3.290.666	3.336.898
2004	24.900	19.900	44.800	2,52%	46.076	3.420.878	3.466.954
2005	24.900	19.670	44.570	1,60%	45.517	3.522.424	3.567.941
2006	24.900	19.670	44.570	1,14%	45.078	3.608.439	3.653.517
2007	26.348	20.786	47.134	1,19%	45.100	3.696.811	3.741.911
2008	26.743	21.098	47.841	1,66%	47.916	3.804.027	3.851.943
2009	26.743	21.098	47.841	2,95%	49.252	3.965.575	4.014.828
2010	27.062	21.350	48.412	3,26%	49.401	4.145.510	4.194.911
Summe	895.707	702.876	1.598.583				

<b>Tabelle 13: Saarland</b>							
<b>Staatsleistungen 1960 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins</b>							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1960	607	337	944				
1961	680	360	1.040	3,08%	973	0	973
1962	614	206	820	4,42%	1.086	1.016	2.102
1963	674	235	909	3,17%	845	2.169	3.015
1964	858	222	1.081	3,00%	937	3.105	4.041
1965	534	222	756	3,00%	1.113	4.163	5.275
1966	580	171	751	3,00%	779	5.433	6.212
1967	379	160	539	3,71%	779	6.442	7.221
1968	405	135	540	4,67%	564	7.559	8.123
1969	743	73	816	3,33%	558	8.393	8.951
1970	553	75	628	3,00%	840	9.220	10.060
1971	567	77	644	4,67%	657	10.530	11.187
1972	602	80	682	6,88%	688	11.957	12.645
1973	609	92	700	5,08%	717	13.288	14.004
1974	538	94	632	3,33%	724	14.471	15.195
1975	538	94	632	6,25%	671	16.145	16.816
1976	538	96	633	6,83%	675	17.965	18.640
1977	844	96	939	4,42%	661	19.464	20.126
1978	695	96	791	3,50%	972	20.830	21.803
1979	544	101	645	3,46%	818	22.558	23.376
1980	467	100	567	3,00%	664	24.077	24.742
1981	477	96	573	4,50%	592	25.855	26.447
1982	438	100	538	7,25%	614	28.365	28.979
1983	435	97	531	7,50%	579	31.153	31.731
1984	432	98	529	6,96%	568	33.940	34.509
1985	439	102	541	4,17%	551	35.948	36.500
1986	427	102	529	4,29%	564	38.066	38.630
1987	436	106	542	4,29%	552	40.287	40.839
1988	444	103	547	3,58%	561	42.301	42.862
1989	454	107	561	2,96%	563	44.131	44.694
1990	460	109	569	2,96%	577	46.017	46.595
1991	475	115	590	4,92%	597	48.887	49.484
1992	472	120	592	6,00%	625	52.453	53.079
1993	490	124	614	6,92%	633	56.752	57.385
1994	485	124	608	8,21%	665	62.096	62.760
1995	479	124	603	6,88%	650	67.078	67.729
1996	481	125	606	4,77%	631	70.960	71.592
1997	474	130	604	3,83%	630	74.333	74.963
1998	482	132	613	2,63%	620	76.934	77.554
1999	491	134	625	2,50%	629	79.493	80.122
2000	501	137	637	2,50%	640	82.125	82.766
2001	510	139	649	2,13%	651	84.529	85.180
2002	519	143	662	3,45%	671	88.119	88.791
2003	528	161	689	4,05%	689	92.387	93.075
2004	534	165	699	2,52%	706	95.421	96.127
2005	534	167	701	1,60%	710	97.665	98.376
2006	527	163	690	1,14%	709	99.497	100.206
2007	534	165	699	1,19%	698	101.398	102.097
2008	535	159	694	1,66%	711	103.791	104.502
2009	544	186	730	2,95%	714	107.585	108.299
2010	545	168	713	3,26%	754	111.830	112.584
Summe	27.151	7.023	34.174				

Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1993	511	12.782	13.294				
1994	511	12.782	13.294	8,21%	14.384	0	14.384
1995	572	14.302	14.874	6,88%	14.208	15.374	29.582
1996	590	14.752	15.342	4,77%	15.583	30.993	46.576
1997	596	14.896	15.492	3,83%	15.930	48.360	64.290
1998	615	15.362	15.976	2,63%	15.899	65.980	81.880
1999	635	15.862	16.497	2,50%	16.376	83.927	100.303
2000	641	16.031	16.672	2,50%	16.909	102.811	119.720
2001	666	16.656	17.323	2,13%	17.027	122.270	139.297
2002	692	17.311	18.003	3,45%	17.920	144.103	162.023
2003	712	17.788	18.500	4,05%	18.732	168.585	187.317
2004	722	18.057	18.779	2,52%	18.966	192.037	211.003
2005	728	18.190	18.918	1,60%	19.079	214.379	233.459
2006	728	18.190	18.918	1,14%	19.134	236.120	255.254
2007	728	18.190	18.918	1,19%	19.143	258.292	277.435
2008	736	18.405	19.141	1,66%	19.232	282.040	301.272
2009	756	18.893	19.649	2,95%	19.706	310.160	329.865
2010	879	21.975	22.854	3,26%	20.290	340.619	360.908
Summe	12.018	300.425	312.443				

Quelle: Antworten der Landesregierung vom 4.5.2010 auf die Kleinen Anfragen der Abg. Giegenack v. 12.4.2010 (LT-Drs. 5/2035 und 5/2037)

Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1991	2.147	9.459	11.606				
1992	2.147	9.459	11.606	6,00%	13.041	0	13.041
1993	2.710	14.781	17.491	6,92%	13.268	13.944	27.211
1994	3.059	16.937	19.996	8,21%	20.480	29.445	49.925
1995	3.175	16.474	19.649	6,88%	22.841	53.360	76.201
1996	2.869	16.582	19.451	4,77%	21.568	79.836	101.404
1997	2.725	15.689	18.414	3,83%	20.971	105.288	126.258
1998	2.981	16.922	19.903	2,63%	19.395	129.579	148.974
1999	4.410	17.454	21.865	2,50%	20.911	152.698	173.609
2000	4.782	18.261	23.043	2,50%	22.972	177.950	200.922
2001	4.770	18.368	23.138	2,13%	24.036	205.202	229.238
2002	3.930	19.094	23.024	3,45%	24.763	237.147	261.909
2003	4.028	19.571	23.599	4,05%	24.926	272.517	297.443
2004	4.188	20.348	24.536	2,52%	24.804	304.939	329.742
2005	4.328	21.030	25.358	1,60%	25.326	335.018	360.344
2006	4.480	21.766	26.246	1,14%	25.938	364.452	390.390
2007	4.217	20.487	24.704	1,19%	26.874	395.036	421.910
2008	4.298	20.883	25.181	1,66%	25.531	428.914	454.445
2009	4.339	21.081	25.420	2,95%	26.688	467.851	494.538
2010	4.902	23.816	28.718	3,26%	27.103	510.660	537.763
Summe	74.485	358.462	432.947				

Tabelle 16: Schleswig-Holstein							
Staatsleistungen 1949 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1949	16	709	725				
1950	16	709	725	5,00%	761	0	761
1951	16	709	725	4,42%	757	795	1.552
1952	17	763	780	4,50%	758	1.622	2.379
1953	16	764	780	6,00%	827	2.522	3.349
1954	16	783	799	5,13%	820	3.521	4.341
1955	16	781	797	3,71%	829	4.502	5.330
1956	16	810	826	3,17%	822	5.499	6.322
1957	16	822	838	3,21%	853	6.525	7.377
1958	29	1.644	1.673	4,83%	878	7.733	8.612
1959	28	1.644	1.672	4,33%	1.745	8.985	10.730
1960	29	1.644	1.673	3,21%	1.726	11.075	12.800
1961	34	1.912	1.945	3,08%	1.725	13.195	14.919
1962	34	1.912	1.945	4,42%	2.032	15.579	17.611
1963	34	2.007	2.041	3,17%	2.008	18.169	20.177
1964	37	2.080	2.117	3,00%	2.102	20.782	22.884
1965	41	2.310	2.350	3,00%	2.181	23.571	25.751
1966	48	2.564	2.612	3,00%	2.422	26.524	28.945
1967	47	2.638	2.684	3,71%	2.709	30.019	32.728
1968	47	2.638	2.684	4,67%	2.810	34.256	37.067
1969	48	2.730	2.778	3,33%	2.774	38.301	41.075
1970	56	3.221	3.277	3,00%	2.861	42.308	45.169
1971	59	3.350	3.409	4,67%	3.430	47.278	50.709
1972	70	3.929	3.998	6,88%	3.644	54.197	57.841
1973	72	4.105	4.177	5,08%	4.202	60.779	64.981
1974	80	4.534	4.614	3,33%	4.316	67.145	71.461
1975	90	5.118	5.208	6,25%	4.902	75.928	80.830
1976	92	5.271	5.364	6,83%	5.564	86.351	91.914
1977	96	5.470	5.566	4,42%	5.600	95.977	101.577
1978	99	5.642	5.741	3,50%	5.761	105.132	110.893
1979	104	5.960	6.064	3,46%	5.940	114.730	120.670
1980	108	6.147	6.255	3,00%	6.246	124.290	130.536
1981	116	6.586	6.702	4,50%	6.536	136.410	142.946
1982	117	6.667	6.784	7,25%	7.188	153.310	160.498
1983	121	6.877	6.998	7,50%	7.293	172.535	179.828
1984	123	7.086	7.209	6,96%	7.485	192.344	199.829
1985	125	7.162	7.287	4,17%	7.510	208.162	215.671
1986	128	7.308	7.436	4,29%	7.600	224.924	232.523
1987	133	7.593	7.726	4,29%	7.755	242.498	250.253
1988	138	7.891	8.029	3,58%	8.003	259.212	267.215
1989	140	7.977	8.117	2,96%	8.267	275.125	283.391
1990	142	8.078	8.219	2,96%	8.357	291.780	300.137
1991	150	8.513	8.663	4,92%	8.624	314.904	323.528
1992	153	9.017	9.170	6,00%	9.183	342.940	352.123
1993	168	9.600	9.768	6,92%	9.805	376.489	386.294
1994	172	9.833	10.005	8,21%	10.570	418.009	428.579
1995	170	9.701	9.870	6,88%	10.693	458.065	468.758
1996	174	9.894	10.068	4,77%	10.342	491.118	501.460
1997	177	10.035	10.212	3,83%	10.454	520.666	531.119
1998	185	10.314	10.499	2,63%	10.481	545.088	555.568
1999	186	10.413	10.599	2,50%	10.761	569.458	580.219
2000	190	10.812	11.001	2,50%	10.864	594.725	605.589
2001	192	10.953	11.145	2,13%	11.236	618.488	629.724
2002	190	10.854	11.044	3,45%	11.530	651.449	662.979
2003	195	11.156	11.351	4,05%	11.491	689.830	701.321
2004	199	11.076	11.275	2,52%	11.637	718.994	730.631
2005	203	11.287	11.490	1,60%	11.455	742.321	753.777
2006	192	11.385	11.577	1,14%	11.621	762.370	773.991
2007	192	10.912	11.104	1,19%	11.715	783.201	794.916
2008	192	11.133	11.325	1,66%	11.288	808.112	819.400
2009	196	11.305	11.501	2,95%	11.659	843.572	855.231
2010	202	11.798	12.000	3,26%	11.876	883.112	894.988
Summe	6.488	368.536	375.024				

<b>Tabelle 17: Thüringen</b>							
<b>Staatsleistungen 1991 – 2010 / in 1.000 Euro / Verzinsung mit Basiszins</b>							
Jahr	Staatsleistungen (Personalzuschüsse)			Verzinsung mit Basiszins			
	Katholische Kirche	Evangelische Kirchen	Summe	Basiszins	VJ-Betrag verzinst	Kumulierter VJ-Betrag verzinst	kumuliert
1991	1.196	3.916	5.113				
1992	1.196	3.916	5.113	6,00%	5.419	0	5.419
1993	1.436	4.700	6.136	6,92%	5.466	5.794	11.259
1994	2.632	8.616	11.248	8,21%	6.640	12.184	18.824
1995	3.171	10.379	13.549	6,88%	12.022	20.119	32.141
1996	3.410	11.162	14.572	4,77%	14.196	33.674	47.870
1997	3.504	11.471	14.976	3,83%	15.130	49.703	64.834
1998	3.469	11.357	14.826	2,63%	15.369	66.539	81.907
1999	3.522	11.528	15.050	2,50%	15.197	83.955	99.152
2000	3.765	14.370	18.135	2,50%	15.426	101.631	117.057
2001	4.035	13.155	17.190	2,13%	18.521	119.550	138.071
2002	4.237	13.813	18.050	3,45%	17.783	142.835	160.618
2003	4.270	13.910	18.180	4,05%	18.781	167.123	185.904
2004	4.520	14.530	19.050	2,52%	18.638	190.589	209.227
2005	4.449	14.505	18.954	1,60%	19.355	212.575	231.929
2006	4.500	14.700	19.200	1,14%	19.170	234.573	253.743
2007	4.600	14.900	19.500	1,19%	19.428	256.763	276.191
2008	4.400	14.300	18.700	1,66%	19.824	280.776	300.600
2009	4.500	14.600	19.100	2,95%	19.252	309.468	328.719
2010	5.060	16.480	21.540	3,26%	19.723	339.436	359.158
Summe	71.872	236.308	308.180				

Quelle: Haushaltspläne des Landes Thüringen 1991 – 2010 / 1990 - 2000: keine Verteilung im HP;  
Annahme ev. : kath. Kirche 76,6 : 23,4 v. H.

## Anhang II

Notker Bakker:

Entwurf eines Rahmengesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen (2003)

---

Gesetzentwurf der Fraktion XY

### **Rahmengesetz zur Ablösung der Staatsleistungen nach Artikel 140 Grundgesetz (RASAG)**

#### A. Zielsetzung

Umsetzung eines seit 1919 im Rahmen der Weimarer Reichsverfassung bestehenden und in das Grundgesetz übernommenen Verfassungsauftrages zur Ablösung der Staatsleistungen.

Entlastung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Länder und Kommunen.

#### B. Lösung

Durch das vorliegende Gesetz wird den Ländern das nach Artikel 138, Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung, Bestandteil des Grundgesetzes über Artikel 140, geforderte Rahmengesetz an die Hand gegeben.

#### C. Alternativen

Um das mit dem vorliegenden Gesetz ebenfalls anvisierte Entlastungsziel zu erreichen, bleibt dieses Gesetz insoweit alternativlos.

#### D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine.

#### E. Zuständigkeit

Bundesministerium des Inneren.

-----



Rahmengesetz zur Ablösung der Staatsleistungen nach Artikel 140 Grundgesetz (RASAG)

### **§ 1 [Ursprüngliche Staatsleistungen]**

Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften gemäß Artikel 138, Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung, gelten als abgelöst. Ausnahmen sind nach den Regeln des § 4 zulässig.

### **§ 2 [Folgende Staatsleistungen]**

(1) Die nicht als Staatsleistungen gemäß Artikel 138, Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung geltenden Staatsleistungen und Staatsleistungen, die nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung eingegangen wurden, sind einzustellen.

Dies gilt ebenfalls für nicht wiederkehrende, einmalige Leistungen.

(2) Ausgenommen hiervon sind Leistungen seitens der öffentlichen Haushalte, denen eine entsprechende Leistung der Religionsgesellschaften gegenübersteht.

### **§ 3 [Rückforderung übermäßiger Staatsleistungen]**

Staatsleistungen an Religionsgesellschaften, die, dem ursprünglichen Zweck der Staatsleistung folgend, zuviel geleistet wurden oder denen keine entsprechende Leistung der Religionsgemeinschaft gegenüberstand, können nach Maßgabe der Regelungen nichtiger öffentlich - rechtlicher Verträge von den Religionsgesellschaften zurückgefordert werden.

### **§ 4 [Beweislast]**

(1) Wird seitens einer Religionsgesellschaft bestritten, dass die erfolgten Zahlungen den Rechtsgrund der Staatsleistung faktisch ablösen, ist die Religionsgesellschaft für diese Tatsache beweispflichtig. Hierbei ist die ursprüngliche Art des Erwerbs des Anspruchs seitens der Religionsgesellschaft zu berücksichtigen.

(2) Wird seitens des Bundes, der Länder oder Gemeinden eine übermäßige Zahlung nach § 3 behauptet, sind diese hierfür beweispflichtig.

(3) Es besteht ein gegenseitiger Anspruch auf Auskunft über für die Beweisführung erhebliche Tatsachen.

### **§ 5 [Steuerbefreiungen]**

Die Religionsgesellschaften aufgrund ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes gewährten Steuer - und Gebührenbefreiungen sind von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen.

### **§ 6 [Konkordatsbestimmungen]**

Regelungen in Verträgen zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden auf der einen Seite und Religionsgesellschaften auf der anderen Seite, die den ablösenden Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehen, sind zu kündigen.

§ 7 Das Nähere regeln Gesetze der Länder nach Maßgabe dieses Gesetzes.

## A. Allgemeine Begründung

### 1. Souveränitätsargumentation

#### a. Intention der Verfassungsgeber

Die Ablösung der Staatsleistungen ist ein von der Verfassung geforderter Auftrag an die Bundesländer. Zur Umsetzung dieses Zieles durch die Länder bedarf es eines Rahmengesetzes seitens des Bundes.

Ziel der Verfassungsbestimmung zur Ablösung der Staatsleistungen ist die Entflechtung von Staat und Kirchen auf dem Gebiet der finanziellen Leistungen: "Was die Weimarer Nationalversammlung damit im Blick hatte, waren die besonderen finanziellen Beziehungen der Kirchen zu den Landesherrschaften, welche infolge der neuzeitlichen Säkularisation kirchliches Vermögen übernommen hatten und als Ausgleich dafür, aber auch generell aus der Sorge eines christlichen Landesherrn um das Wohl der Kirchen in verschiedener Weise zur Deckung des kirchlichen Finanzbedarfs beitrugen." (BVerfG - 2BVR708/96 - vom 14.2.1996, Rdn 12).

Demnach bestanden vor 1919 zwei Hauptargumente für die Zahlung von Staatsleistungen: die Entschädigung für Säkularisationen (hierzu Teil A2) und die Sorge um das Wohl der Kirchen (hierzu der folgende Teil A1).

#### b. Grundsatz der staatlichen Souveränität

Ein entscheidender historischer Anknüpfungspunkt für die Staatsleistungen bestand in der durch den Reichsdeputationshauptschluss (RDHS) 1803 eröffneten Möglichkeit zur Säkularisation von Kirchengütern seitens verschiedener deutscher Länder.

Wesentliche Antriebskraft für den RDHS war jedoch, neben finanziellen Aspekten, die Flurbereinigung der deutschen Kleinstaaterei. Vielfach waren Bischöfe neben ihrer kirchlichen Funktion auch staatliche Souveräne (Kurfürstentümer). Diese Doppelrolle kirchlicher und säkularer Macht verschwand mit dem RDHS.

Gleichzeitig war im Rahmen des RDHS nicht die kirchliche "Basis" Hauptziel der Enteignungen. Der gemeindliche Bereich blieb von der Säkularisation im Wesentlichen verschont, betroffen waren in erster Linie der höhere Klerus und der Klosterbetrieb.

Wesentliches Motiv der Säkularisation war neben finanziellen Aspekten die Behauptung staatlicher Souveränität in Abgrenzung zu den weltliche Macht beanspruchenden Kirchen: "Der Staat definiert seine Identität als Staat, indem er seine Beziehung zu Religion und Kirche bestimmt." (Isensee, Josef: "Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Staatskirchenrechts", Abschnitt III.).

"Insofern sind die Staatsleistungen bei noch bestehender Verbindung von Staat und Kirche ein Ausdruck der beginnenden Distanzierung beider voneinander." (Campenhausen, Staatskirchenrecht, Rdn 327).

Im Zuge der Säkularisationen übernahmen die jeweiligen Landesherrschaften auch finanzielle Sorge für die Kirchen, insbesondere für die Ortskirchen. Durch Industrialisierung und Entkonfessionalisierung wuchsen die Ansprüche der Kirchen. Neue katholi-

sche Pfarreien entstanden in ehemals durchgängig protestantischen Gebieten und ebenso umgekehrt protestantische in katholischen. Die finanziellen Belastungen für die Sorge tragenden Landesherrschaften wuchsen entsprechend.

Diese Entwicklung führte zur sukzessiven Einführung des Kirchensteuersystems in verschiedenen deutschen Ländern.

Die Entstehung der Kirchensteuer ist eng verknüpft mit dem Willen der seinerzeit die Kirchensteuer einführenden staatlichen Organe sich der im zunehmend konfessionell paritätischer werdenden Deutschland nicht mehr zeitgemäßen Alimentationspflichten zu entledigen.

Durch die Säkularisationen entstand eine Sorgepflicht, diese Sorgepflicht wurde in ein Steuererhebungsrecht für die Ortskirchen umgewandelt.

Ein paralleles Fortbestehen sowohl der Staatsleistungen (aus dem Grunde der landesherrschaftlichen Sorge) wie auch des Kirchensteuersystems, bedeutet zwei verschiedene Gläubiger - einmal die Kirchensteuerpflichtigen, zum anderen die staatlichen Gliederungen - aus teilweise demselben historischen Rechtsgrund leisten zu lassen.

#### c. Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität

Durch die Vollendung des historischen Souveränitätsprozesses auch auf dem Gebiet der finanziellen, tradierten Verpflichtungen wird der heutige Staat in die Lage versetzt, den Religionsgemeinschaften wie auch den Weltanschauungsgemeinschaften als ein neutraler, sich in Äquidistanz befindender Staat gegenüberzutreten: "Das Grundgesetz legt durch Art. 4 Abs. 1, Art. 3 Abs. 3, Art. 33 Abs. 3, GG sowie durch Art. 136 Abs. 1 und 4 und Art. 137 Abs. 1 WRV in Verbindung mit Art. 140 GG dem Staat als Heimstatt aller Staatsbürger ohne Ansehen der Person weltanschaulich - religiöse Neutralität auf. Es verwehrt die Einführung staatskirchlicher Rechtsformen und untersagt auch die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse (...)" (BVerfG vom 14.12.1965 in BVerfGE 19, 216).

Der vorliegende Gesetzesentwurf dient durch die Beseitigung lediglich bestimmten Religionsgesellschaften einseitig gewährter finanzieller Privilegien auch diesem ständigen Rechtsprechung des BVerfG entsprechenden Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität.

Hatten die Staatsleistungen eine historische Bedeutung darf der neutrale Staat in einer pluralen Gesellschaft nicht mehr die Rolle eines christlichen Landesherrn (oben Teil A1a) einnehmen. Es besteht ein erhebliches Legitimationsdefizit für z.B. die Zahlung von Bischofsgehältern durch den allgemeinen Steuerzahler.

Eine solche Legitimation von Leistungen an bestimmte Religionsgesellschaften kann allenfalls (bei gleichzeitigen Bedenken aufgrund des Neutralitätsprinzips) durch eine mittelbare Wahrnehmung originär staatlicher Aufgaben durch diese Religionsgesellschaften erfolgen.

Dieser Möglichkeit trägt § 2, Abs. 2 dieses Gesetzes Rechnung.

## **2. Aufrechnungsargumentation**

Die auch enteignende Wirkung der Säkularisationen - insbesondere die der Reformation im protestantischen Norden und die in der Folge des RDHS 1803 im katholischen Süden - werden gemeinhin als Legitimation für die weiterhin erfolgenden Zahlungen an die beiden großen christlichen Kirchen herangezogen.

Diese enteignende Wirkung ist durch langjährige Staatsleistungen über mehrere Jahrhunderte bereits hinreichend abgelöst. Das Ablösungsgebot der Weimarer Verfassung wandelte sich durch Zeitablauf und stetig weiter erfolgende Zahlungen in ein Feststellungsgebot der bereits erfolgten faktischen Ablösung.

Bereits zur Zeit der Beratung der Weimarer Reichsverfassung gab es Stimmen, die eine entschädigungslose Ablösung der Staatsleistungen befürworteten. Die ins Grundgesetz übernommene Bestimmung des Art. 138, Abs. 1 der Weimarer Verfassung stellte einen historischen Kompromiss mit den Befürwortern fortgesetzter Alimentation dar.

Als Grundlage für eine Verstetigung des status quo, ja sogar für eine sukzessive Erhöhung alter und Begründung neuer Staatsleistungen, kann sie - ohne Verkehrung der verfassungsgeberischen Intention - nicht dienen.

Durch die seit 1919 weiter erfolgenden Zahlungen, gewinnt die Sichtweise der bereits "erfolgten faktischen Ablösung" Jahr für Jahr an Gewicht. Mittlerweile muss davon ausgegangen werden, dass die geleisteten Beträge wahrscheinlich erheblich den - im einzelnen heute schwierig zu beziffernden - Wert der seinerzeitigen Säkularisationen übersteigen.

Den Ländern und Kommunen die Möglichkeit zu geben im begründeten Einzelfall solche übermäßigen Staatsleistungen zurückzufordern, dient § 3 dieses Gesetzes.

Wird eine bereits ausreichend erfolgte Kompensation seitens der Religionsgesellschaften bestritten, eröffnet ihnen § 4, Abs. 1 - bei näherer Bestimmung durch Landesgesetze - den Weg einen weitergehenden Anspruch nachzuweisen.

Wird eine übermäßige Leistung behauptet, liegt die Beweispflicht auf seiten der öffentlichen Hände.

Ferner muss darauf verwiesen werden, dass in annähernd vergleichbaren historischen Enteignungsfällen Zahlungen (wenn sie denn überhaupt je geleistet wurden) erheblich früher eingestellt wurden.

## **3. Einsparungswirkung für die öffentlichen Haushalte**

Die direkten Staatsleistungen der Länder betragen im Jahr 2000 ca. 420 Millionen €

Ferner sind nach § 2 dieses Gesetzes eine Vielzahl weiterer Leistungen sowohl des Bundes, wie der Länder und Kommunen auf eine eventuelle "Gegenleistung" zu prüfen. Fehlt es an einer solchen Gegenleistung, sind die Zahlungen einzustellen.

## **4. Auswirkungen auf die betroffenen Religionsgesellschaften bei Erfüllung öffentlicher Aufgaben**

Bei der Erfüllung öffentlicher Zwecke, insbesondere im sozialen Bereich, können den Religionsgesellschaften aufgrund § 2 dieses Gesetz keine Nachteile entstehen.

Die Staatsleistungen dienen der Aufrechterhaltung des innerkirchlichen Betriebes.

Umgekehrt werden die sozialen Aufgaben, die die Religionsgesellschaften wahrnehmen, teils ausschließlich (z. B. Krankenhäuser und Altenheime), teils fast ausschließlich (z. B. Kindergärten) durch nichtkirchliche Finanzquellen (z. B. durch die Gemeinschaft der Beitragszahler in den Krankenversicherungen) finanziert.

Betroffen ist also die rein innerkirchliche Organisation. Die Aufrechterhaltung der innerkirchlichen Organisation ist jedoch keine Staatsaufgabe und darf es aufgrund des Neutralitätsgebotes und des Staatskirchenverbotes nach Art. 137, Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140 GG auch gar nicht sein.

Darüber hinaus bleibt den betroffenen Religionsgesellschaften die Möglichkeit auf ihr nicht unerhebliches Vermögen zurückzugreifen oder von ihren Mitgliedern erhöhte Kirchensteuer zu verlangen.

## **B. Begründung im Einzelnen**

### **§ 1 [Ursprüngliche Staatsleistungen]**

Als Staatleistungen gelten nach herrschender Rechtsprechung "Geldleistungen und Naturalleistungen, die der Staat zu den sächlichen und persönlichen Kosten der Religionsgesellschaften beiträgt." (BVerfG vom 28.4.1965 in BVerfGE 19, 13).

Diese historischen Verpflichtungen gelten mit § 1 dieses Gesetzes als im Grundsatz bereits abgelöst.

### **§ 2 [Folgende Staatsleistungen]**

War es Ziel der Verfassungsgeber von 1919 und 1949 eine finanzielle Entflechtung zwischen Kirchen und Staat herbeizuführen, würde es dieses Ziel konterkarieren, wenn neue Verpflichtungen eingeführt werden.

Nichtsdestotrotz wurden vielfach solche Verpflichtungen eingegangen.

§ 2 RASAG bestimmt, dass diese Praxis einzustellen ist.

Abgegrenzt wird der historische verstandene Staatsleistungsbegriff in der Literatur teils vom Begriff der Subvention. Merkmal der Abgrenzung soll hierbei die Wiederholtheit der Staatsleistung im Gegensatz zur prinzipiell einmalig bewilligten Subvention sein (Isensee, Josef in Friesenhahn, Ernst: "Handbuch des deutschen Staatskirchenrechts", Band II, Berlin 1975, Seite 60 ff).

War jedoch Intention des Verfassungsgebers die finanzielle Trennung von Staat und Kirchen, ist es konsequent diesen Grundsatz auch für einmalige Subventionen gelten zu lassen.

### **§ 3 [Rückzahlung übermäßiger Staatsleistungen]**

Buchhalterisch dürfte ein teils nicht unerheblicher Überschuß zugunsten der staatlichen Gliederungen vorliegen. Der Möglichkeit wenigstens einen kleinen Teil dieser zuviel erfolgten Zahlungen zurückfordern dient § 3 RASAG.

#### **§ 4 [Beweislast]**

In welchen Fällen gegebenenfalls eine Überprüfung des im Grundsatz durch § 1 dieses Gesetzes festgestellten Abgelöstheitszustandes, bleibt im Einzelnen der Landesgesetzgebung überlassen. § 4 stellt hierfür Grundsätze der Beweislastverteilung auf.

#### **§ 5 [Steuerbefreiungen]**

Das Bundesverfassungsgericht folgte in seiner Entscheidung vom 28.4.1965 (BVerfGE 19, 13) der in der Literatur teils heftig bestrittenen Ansicht des Reichsgerichtes (RG vom 20.6.1925 in RGZ 111, 134 ff), dass auch Steuerbefreiungen negative Staatsleistungen darstellen können, insofern sie ihre ursprüngliche Rechtsgrundlage im Kontext der Säkularisationen finden. § 5 nimmt diesen Konfliktstoff ausdrücklich aus der hier zu regelnden Materie aus. Aus den Grundsätzen der §§ 1 - 3 ergibt sich jedoch die Aufgabe die Materie von Steuer - und Gebührenbefreiungen künftig einheitlich für alle Körperschaften des öffentlichen Rechtes und unbeachtet der nunmehr als abgeschlossen zu betrachtenden historischen Bezüge zu regeln.

Eine Gleichsetzung der für die Körperschaften des öffentlichen Rechtes geltenden Besteuerungsgrundsätze an die der Besteuerung gemeinnütziger oder auch nur eingetragener Vereine, bleibt dem Gesetzgeber unbenommen.

#### **§ 6 [Konkordatsbestimmungen]**

Eine Reihe vertraglicher Bestimmungen mit den Religionsgesellschaften, stehen Wortlaut und Intention dieses Gesetzes entgegen.

So lautet Artikel 18 des am 20.7.1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl geschlossenen Reichskonkordats: "Falls die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die katholische Kirche abgelöst werden sollten, wird vor der Ausarbeitung der für die Ablösung aufzustellenden Grundsätze rechtzeitig zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Reich ein freundschaftliches Einvernehmen herbeigeführt werden. Zu den besonderen Rechtstiteln zählt auch das rechtsbegründete Herkommen. Die Ablösung muß den Ablösungsberechtigten einen angemessenen Ausgleich für den Wegfall der bisherigen staatlichen Leistungen gewähren."

Diese Vertragsbestimmungen sind zu kündigen.

#### **§ 7**

Die Länder haben - neben der Einstellung der Staatsleistungen nach § 1 - insbesondere sämtliche Leistungen auf eine Übereinstimmung mit den Grundsätzen des § 2 zu überprüfen.

Im Interesse der allgemeinen Steuerzahler, deren Interesse dem der partikulären Religionsgesellschaften vorgeht, haben sie Rückforderungsmöglichkeiten zu prüfen.

Die Landesgesetzgebung hat Regeln für ein Verfahren nach § 4 aufzustellen.

Ferner sind bestehende Verträge auf einen Widerspruch mit diesem Gesetz zu überprüfen und gegebenenfalls, zumindest teilweise, entsprechend § 6 zu kündigen.

## Danksagung

Ausarbeitungen wie diese entstehen nicht im Alleingang und so möchte ich mich zumindest bei den Freunden, die wesentliche Anteile an der Erstellung der vorliegenden Arbeit haben, ausdrücklich bedanken:

- Die Datenrecherche von 1990 bis 2010 hat **Johann-Albrecht Haupt** geleistet, der ebenso im Bundesarchiv die Zahlen zu den Staatsleistungen in der DDR recherchiert hat. Er hat mir auch mit zahlreichen klugen kritischen Anmerkungen zum Text weiter geholfen, auch wenn wir in manchen Schlussfolgerungen unterschiedlicher Meinung waren.
- Die Zahlen von 1948 bis 1989 sind aufgrund der gemeinsamen Arbeit mit **Evelin Frerk** erfasst worden, mit der zusammen ich eine Sondererlaubnis der Staatsbibliothek in Berlin bekommen hatte, direkt im Magazin arbeiten zu dürfen. Sie war mir auch eine beständige Unterstützerin, die mir manches Mal, wenn ich zweifelte, wieder Mut machte.
- Ein wertvoller Diskussionspartner, der auch die Berechnungsformeln nach Basiszins beigesteuert hat, war **Matthias Krause**, der normalerweise in Singapur lebt, aber einen Aufenthalt in Deutschland auch nutzte, um an diesem Thema mit zu arbeiten.
- Die mühsame Arbeit, alle Zahlenreihen noch einmal zu prüfen und ebenso den Text auf seine Korrektheit zu prüfen, hat **Elke Schäfer** übernommen.

Berlin, im April 2011.

*Carsten Frerk*

## Anmerkungen

---

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt wurde freundlicherweise von Herrn Notker Bakker zur Verfügung gestellt.

<sup>2</sup> Zum ganzen: Gerhard Czermak, „Rechtsnatur und Legitimation der Verträge zwischen Staat und Religionsgemeinschaften“, Der Staat, 2000, 69-85